



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

IMPULSPAPIER

RUSSLANDS UNABHÄNGIGER JOURNALISMUS

Der harte Überlebenskampf unter totalitären
Repressionsmaßnahmen

Sergej Parchomenko – Übersetzung aus dem Russischen

ANALYSE

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

 /freiheit.org

 /FriedrichNaumannStiftungFreiheit

 /FNFreiheit

 /stiftungfuerdiefreiheit

Autor

Sergej Parchomenko

Redaktion

Fachbereich Wissenschaft
und politische Strategie
Abteilung Globale Themen
Internationales Journalisten- und Mediendialogprogramm

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34
Telefax +49 30 690881-02
E-Mail service@freiheit.org

Stand

November 2022

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	4
2. DIE ENTSTEHUNG VON PUTINS AUTORITÄREM REGIME: EINFÜHRUNG EINER STRENGEN STAATLICHEN AUFSICHT ÜBER DIE RUSSISCHE MEDIENINDUSTRIE	6
3. DAS ZWEITE JAHRZEHT DER HERRSCHAFT PUTINS: EINFÜHRUNG UND ENTWICKLUNG SPEZIFISCHER REPRESSIVER MEDIENGESETZE	13
4. DIE ZEIT NACH BEGINN DER RUSSISCHEN AGGRESSION IN DER UKRAINE: EINFÜHRUNG UND ENTWICKLUNG DER MILITÄRISCHEN ZENSUR UND STRAFVERFOLGUNG	24
5. DIE ÜBERLEBENSERFAHRUNG DER UNABHÄNGIGEN RUSSISCHEN MEDIEN UNTER DER DIKTATUR DER „KREML-KRIEGER“	29
ÜBER DEN AUTOR	38

1. Einleitung

Der 5. September 2022 war ein symbolträchtiger und wichtiger Tag in der Geschichte der russischen Medien. An diesem Tag fanden zwei Ereignisse statt, die in aller Deutlichkeit die Haltung des totalitären Regimes von Wladimir Putin gegenüber dem gesamten nationalen Mediensystem, dem Journalismus selbst und den Journalisten zum Ausdruck brachten.

Zunächst entzog ein Moskauer Bezirksgericht auf Antrag von Roskomnadsor (der föderalen Regierungsbehörde, die Aufsichts- und in den letzten Jahren geradezu Zensurfunktionen über russische Medien ausübt) der „Nowaja Gaseta“ (dt. Neue Zeitung) ihre Drucklizenz.

Ein Blatt, zu dessen Gründern zwei Friedensnobelpreisträger (Michail Gorbatschow und Dmitrij Muratow) gehören, eine Zeitung, die seit über 30 Jahren ein Symbol des liberalen Oppositionsjournalismus in Russland ist, das in der ganzen Welt bekannt ist, soll nun geschlossen werden. Der Vorwand für diese Schließung ist äußerst absurd: Die Staatsanwaltschaft behauptet, die Redaktion der Zeitung habe bereits 2006, also vor 16 Jahren, gegen die Vorschrift verstoßen, eines ihrer Gründungsdokumente bei der Registrierungsbehörde einzureichen.

Es sei darauf hingewiesen, dass die „Nowaja Gaseta“ bereits im März ihre Arbeit eingestellt und erklärt hatte, dass sie bis zum Ende der „Sonderoperation auf ukrainischem Boden“ nichts mehr veröffentlichen würde - Russland hatte damals die Verwendung des Wortes „Krieg“ verboten und eine strafrechtliche Haftung für dessen Verletzung eingeführt. Vor dieser Aussetzung erhielt die Zeitung ihre zweite Verwarnung von demselben Roskomnadsor, weil sie eine als „ausländischer Agent“ anerkannte Person erwähnt hatte, ohne diese spezielle abwertende Bezeichnung zu verwenden. Die meisten Journalisten der Redaktion verließen daraufhin Russland und begannen mit der Herausgabe der „Nowaja Gaseta. Europa“. In der Zwischenzeit gründeten ihre in Russland verbliebenen Kollegen das Magazin „Novaja rasskaz-gaseta“. Die Webseiten der beiden Publikationen wurden auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft gesperrt.

Am selben Abend wurde bekannt, dass der ehemalige „Kommersant“-Journalist Iwan Safronow, einer der besten russischen Experten und Forscher im Bereich Verteidigung und Sicherheit (trotz seines jungen Alters - er wurde vor kurzem 32 Jahre alt), wegen „Hochverrats“ zu 22 Jahren Haft in einem Straflager unter strengen Auflagen verurteilt worden war. Obwohl Safronow in den letzten zwei Monaten vor seiner Verhaftung im Juli 2022 als Berater des Chefs der russischen Raumfahrtbehörde tätig war, bezog sich die Anklage ausschließlich auf seine journalistische Tätigkeit.

Aus der Anklageschrift, die wenige Tage vor dem Urteil von der Zeitung „Projekt“ veröffentlicht wurde, geht eindeutig hervor, dass Safronow im Grunde genommen für seine journalistische Arbeit bestraft wurde: Er hatte nie Zugang zu Staatsgeheimnissen, arbeitete ausschließlich mit Informationen aus offenen Quellen und veröffentlichte diese in Publikationen, in denen sie in den Blickpunkt der breiten Öffentlichkeit gerieten. Mit anderen Worten, es war die Arbeit eines Journalisten, die unter Einhaltung aller berufsethischen Anforderungen und ohne Anzeichen von Spionage oder

anderen Gesetzesverstößen durchgeführt wurde, die von den russischen Ermittlern und dann vom Gericht als kriminell an sich anerkannt wurde. Und dies nur, weil die russischen Behörden die investigative Tätigkeit des Journalisten, seinen Kenntnisstand und die Tiefe seines Fachwissens über die staatlich sensiblen Korruptionsprobleme im Verteidigungssektor als unerwünscht ansahen.

Pavel Chikov, Leiter der Anwaltsvereinigung für Menschenrechte „Agora“, schrieb in seinem Telegramm-Kanal: *„Um ehrlich zu sein, habe ich keine Verurteilungen wegen Hochverrats gefunden, die zu mehr als 20 Jahren Haft geführt hätten. Es sei darauf hingewiesen, dass Artikel 275 des Strafgesetzbuchs eine Höchststrafe von 20 Jahren vorsieht. Das Gericht verhängte eine längere Strafe, weil Iwan Safronow wegen zweier Vorfälle angeklagt war, die jeweils eine gesonderte Strafe nach sich ziehen. Das Gericht legte dann die endgültige Strafe im Wege der teilweisen oder vollständigen Aufrechnung fest. Die Strafen in Fällen von Hochverrat waren schon immer recht hoch. In den letzten Jahren war jedoch ein deutlicher Aufwärtstrend zu verzeichnen. Vor zehn Jahren waren es in der Regel noch 6 bis 9 Jahre, in den letzten fünf Jahren sind 12 bis 15 Jahre keine Seltenheit mehr. Alexej Worobjow, ein Professor am Lehrstuhl für Raketentriebwerke des Moskauer Luftfahrtinstituts, wurde im April 2021 zu 20 Jahren Haft verurteilt. In der Regel werden nach diesem Artikel nur Personen, die Zugang zu Staatsgeheimnissen haben, strafrechtlich verfolgt. Darüber hinaus wird das Strafmaß in diesen Fällen tatsächlich durch ein Schuldbekenntnis und die Zusammenarbeit beeinflusst. Die Bestrafung von Iwan Safronow ist absolut grausam, demonstrativ brutal und steht im Einklang mit den gegenwärtigen Realitäten in Russland...“.*

An diesem bedeutenden Tag hat der russische Staat also seine Haltung gegenüber unabhängigen Medien klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht. Dahinter stecken zwei anschaulich dargestellte Konzepte.

Erstens: Kein Blatt – auch nicht eines der ältesten, angesehensten, bekanntesten und verdienstvollsten, mit einem international anerkannten Ruf und einem besonderen Symbolwert – kann sich vor der sofortigen Zerstörung aus einem erfundenen, demonstrativ absurden Anlass sicher fühlen. Der Wille der Behörden reicht dafür aus: kein Gericht, kein Schiedsgericht in Russland ist in der Lage, diese Willkür zu stoppen.

Zweitens: Die Ausübung des Journalistenberufs an sich kann vom Staat kriminalisiert werden. Diese Tätigkeit kann zudem – wenn der Staat, vertreten durch seine Strafverfolgungsbehörden und das vollständig vom Staat kontrollierte Gerichtssystem, dies wünscht – als schwerstes Verbrechen gegen den Staat anerkannt und härter bestraft werden als Terrorismus, Mord mit besonderer Grausamkeit oder jedes andere Gewaltverbrechen mit erschwerenden Umständen.

Diese Doppelbotschaft des russischen Staates an seine Bürger und mit ihnen an die Welt war die logische Schlussfolgerung eines langen Entwicklungsprozesses, der die Haltung der Putin-Diktatur gegenüber dem gesamten Bereich der Massenmedien geprägt hat.

2. Die Entstehung von Putins autoritärem Regime: Einführung einer strengen staatlichen Aufsicht über die russische Medienindustrie

Seit den allerersten Tagen von Wladimir Putins Amtszeit als Präsident Russlands, seit den Anfängen der Herausbildung seiner Machtgruppe und in der Folge seines autoritären Regimes im Allgemeinen, haben die russischen Staatsbehörden die Möglichkeit der Existenz unabhängiger Medien im Lande als direkte Bedrohung für sich selbst und ihre Stabilität betrachtet.

Historiker und Politologen werden sich daran erinnern, dass der erste große politisch-wirtschaftliche Konflikt, der sich nahezu zeitgleich mit Putins Machtantritt (zwischen 1999 und 2002) entfaltete, die groß angelegte Operation zur Einflussbegrenzung und schließlich zur Zerstörung des damals größten russischen privaten **Medienunternehmens „Media-Most“ war, das dem Geschäftsmann Wladimir Gusinski gehörte.**

„Media-Most“ kontrollierte ein mächtiges Konglomerat populärer und einflussreicher Medien – den Fernsehsender NTV und mehrere dazugehörige Kabel- und Satellitenfernsehsenderkanäle, den Radiosender „Echo Moskwy“, die Tageszeitung „Segodnja“ und die Wochenzeitschrift „Itogi“. Darüber hinaus war das Unternehmen in dem sich damals intensiv entwickelnden russischen Segment des Internets aktiv.

All diese Medienressourcen wurden zerstört oder beschlagnahmt und unter die Kontrolle des staatlichen Gazprom-Konzerns gestellt. Dies erforderte den Einsatz des gesamten staatlichen Unterdrückungsapparats, der alle Sicherheits- und Geheimdienste, einschließlich der Polizei, des Ermittlungsausschusses, der Staatsanwaltschaft, der Steuer-, Finanz-, Zoll- und Antimonopolbehörden und nicht zuletzt der vom Präsidenten schamlos manipulierten Justiz in diese aggressive Operation einbezog.

Genau damals, am Beispiel der schamlosen Maßnahmen zur Zerstörung von Media-Most, wurde die Technik des massiven politischen Drucks seitens des Staates unter dem Vorwand wirtschaftlicher Forderungen perfektioniert. Bei der Vorbereitung seines Angriffs beharrte der Kreml darauf, dass die Forderungen gegen Media-Most und seine Eigentümer rein wirtschaftlicher Natur seien (regierungsnaher Berichterstatter benutzten hierfür den Ausdruck „Konflikt der Wirtschaftssubjekte“, um dies zu erklären): zahlreiche Darlehensverpflichtungen verschiedener von Wladimir Gusinski kontrollierter Unternehmen wurden als Vorwand benutzt.

Die Tatsache, dass die wahren Gründe für den Druck auf das Medienunternehmen und seinen Eigentümer rein politischer Natur waren, wurde jedoch von niemandem, der an dieser Machtoperation beteiligt war, verheimlicht. Schließlich kam es so weit, dass Wladimir Gusinski unter dem Vorwurf des Bagatelld Betrugs verhaftet wurde, und nach drei Tagen Haft der damalige Presseminister der Russischen Föderation, Michail Lesin, persönlich in seiner Zelle erschien und ihm anbot, eine schriftliche Vereinbarung zu unterzeichnen, wonach der Unternehmer freigelassen und die Anklage

fallen gelassen würde, wenn er sich bereit erklärte, sein gesamtes Medienvermögen zu verkaufen und sich verpflichtete, kein neues zu schaffen. Dies war der Akt einer beispiellosen Dreistigkeit: Die Regierung, vertreten durch ihren hochrangigen Beamten, zögerte nicht, ein schriftliches Dokument zu verfassen, in dem die Tatsache der politischen Erpressung festgehalten wurde.

Wladimir Gusinski verlor schließlich fast sein gesamtes Vermögen, musste Russland für immer verlassen, und alle Publikationen und Sender von Media-Most wurden von Gazprom übernommen. In der Folge wurden einige von ihnen aufgelöst, während die übrigen einen massiven Wechsel des journalistischen Personals und eine radikale Änderung der Redaktionspolitik durchliefen. Die einzige Ausnahme war der Radiosender „Echo Moskwy“, dem es gelang, seine redaktionelle Unabhängigkeit über viele Jahre hinweg zu bewahren: Bis vor kurzem (der Sender wurde nach Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine im März 2022 auf direkten Befehl des Kremls geschlossen und aufgelöst) war er so etwas wie ein Vorzeigebispiel für oppositionellen Journalismus in Russland, der unter dem unnatürlichen Schutz der höchsten Machthaber existierte. Das Phänomen der Langlebigkeit von „Echo Moskwy“ und der Bewahrung seiner paradoxen Unabhängigkeit wird jedoch im Folgenden noch gesondert und eingehender betrachtet.

Die Kampagne zur Zerstörung von Media-Most, die sich in den nun schon weit zurückliegenden Jahren von Putins „Morgengrauen“ abspielte, sollte deshalb so ausführlich erwähnt werden, weil sie sehr weitreichende und langanhaltende Auswirkungen auf die gesamte russische Medienlandschaft hatte. Für den Kreml ging es bei diesem Konflikt natürlich nicht nur darum, die aktive und unabhängige Struktur der oppositionellen Medien zu zerstören, sondern auch darum, einen entscheidenden „pädagogischen“ Einfluss auf die russische Journalistengemeinschaft auszuüben. Gleichzeitig ging es darum, ein technologisches Konzept für die Zerstörung eines Großunternehmens zu entwickeln, bei dem der gesamte Apparat der Sicherheitskräfte und Spezialdienste zum Einsatz kommt.

In dieser „Schlacht von Media-Most“ hat der Staat sich selbst und die russische Gesellschaft davon überzeugt, dass es zur Eindämmung der unabhängigen Presse keineswegs notwendig ist, endlos Zensurgesetze zu erlassen oder die totale Verstaatlichung aller Druckmedien zu organisieren. Natürlich kommt es von Zeit zu Zeit zu Verstaatlichungen, aber diese beschränken sich auf die staatlichen Fernsehsender. Andernfalls erweisen sich rein wirtschaftliche Methoden als äußerst wirksam – und völlig ausreichend, um die Kontrolle über die Informationsindustrie zu erlangen.

Nach genau demselben Muster – mit Elementen des „Konflikts der Wirtschaftssubjekte“ und ständigen Gewaltandrohungen – etablierte Putins Staat in den nächsten anderthalb Jahrzehnten sein Diktat in den Beziehungen zu anderen wichtigen Akteuren auf dem russischen Medienmarkt. Sie alle wurden entweder dauerhaft aus der Informationsindustrie eliminiert oder zur totalen Loyalität und Unterwerfung unter die behördlichen Manipulationen gezwungen.

In der Tat hat der Staat eine Situation geschaffen, in der jede private Investition im Medienbereich, weil sie zu viele langfristige finanzielle Aufwendungen erfordert, nicht nur ineffizient und mit zweifelhaften Aussichten verbunden, sondern buchstäblich Gift für jedes seriöse Unternehmen ist. Der Staat hat bei Unternehmern aller Größenordnungen, einschließlich der größten „Oligarchen“, ein reflexartiges Vorurteil ge-

schaffen: Jede Beteiligung am Aktienkapital eines Medienunternehmens kann dem Eigentümer ernsthafte Schwierigkeiten in den Beziehungen zu den Behörden bereiten und droht schließlich, das gesamte Unternehmen zu zerstören.

In den folgenden Jahren wurde diese Art von Druck auf viele besonders bekannte und einflussreiche Persönlichkeiten in der russischen Wirtschaft ausgeübt, und zwar auf dieselben „Oligarchen“, die versuchten, die ihnen gehörenden Medien zu nutzen, um ihren politischen Einfluss auszuweiten und ihr Wettbewerbspotenzial zu stärken. Beispiele hierfür:

Wladimir Potanin beschloss schließlich, sich von seinen Anteilen an der Zeitung „Iswestija“ zu trennen, einer der ältesten und angesehensten Zeitungen Russlands, die in den letzten Jahren viele mutige Veröffentlichungen hervorgebracht hat, darunter eine offene und tragische Berichterstattung über die Folgen des Attentats von Beslan und mutige Analysen über den Aufstieg radikaler nationalistischer Bewegungen in Russland.

Alexander Lebedew verließ Russland in Richtung Vereinigtes Königreich und gab seine Anteile an der „Nowaja Gaseta“ und der Zeitung „Moskowski Korrespondent“ auf: Letztere musste nach einer unvorsichtigen Veröffentlichung über die angebliche Beziehung zwischen Wladimir Putin und der Leichtathletin Alina Kabajewa einfach geschlossen werden.

Michail Prochorow wurde vom Kreml wegen der Arbeit seines ehrgeizigen Medienprojekts „Snob“ und insbesondere wegen der Ermittlungen mehrerer Medien der RBK-Holding immer wieder unter Druck gesetzt und bedroht: Die Geschäftsleitung und ein Großteil der Redakteure traten zurück, nachdem einer der Manager des Landes verwiesen worden war, der „schuldig“ war, detailliertes Material über Putins Tochter Jekaterina Tichonowa, ihren Ehemann Kirill Schamalow und die Korruptionsdokumente aus den „Panama Papers“ zu veröffentlichen, die mit Personen aus dem inneren Kreis Putins in Verbindung standen.

In der Zwischenzeit entwickelte der Staat andere Formen der wirtschaftlichen Kontrolle über die unabhängigen (in Bezug auf Eigentum und Besitzverhältnisse) Medien und beraubte sie allmählich der Möglichkeit, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit aufzubauen, die auf traditionellen und in der ganzen Welt üblichen Einnahmequellen beruht: **dem Verkauf von Werbung und dem Vertrieb eigener Medienprodukte.**

Bereits in den frühen 2000er Jahren wurde deutlich, dass jeder Werbevertrag oder die Unterzeichnung eines Standardvertrags über eine kommerzielle Partnerschaft mit einem Medienunternehmen zu plötzlichen Schwierigkeiten für den Werbetreibenden im Umgang mit staatlichen Behörden führen kann. Es folgen außerordentliche Steuerkontrollen, unerklärliche Verzögerungen bei der Abfertigung von Waren beim Zoll, zusätzliche Kontrollen durch die Brandschutz- oder Gesundheitsbehörden und andere Schwierigkeiten, die staatliche Behörden einem Handelsunternehmen bereiten können. Dies wurde von den Werbekunden verschiedener „regierungskritischer“ Publikationen wie der Zeitschriften The Weekly und The New Times, des Radiosenders Echo Moskwy oder des TV-Senders Dozhd nicht nur einmal beklagt.

Parallel dazu versuchte der Staat in denselben Jahren, die Kontrolle über die Vertriebsnetze der Printmedien zu übernehmen. Auf diesem Markt haben sich eine

Reihe großer Unternehmen mit monopolistischen Ambitionen etabliert, die sich im Besitz von regierungstreuen Eigentümern befanden. Im ganzen Land schrumpften die Vertriebsnetze für Printmedien stetig, und Zeitungskioske wurden in den russischen Städten allmählich zu einer Seltenheit.

Sehr exemplarisch ist in diesem Sinne die Geschichte der Finanz- und Industriegruppe „Promsvyazcapital“, die den Brüdern Alexey und Dmitri Ananjew gehörte. Im Laufe der Jahre kaufte dieser Konzern Dutzende von regionalen Vertriebsgesellschaften auf und übernahm nach und nach die Netze von Zeitungskiosken und Presseläden, die unter den Marken Rospetschat, Sojuspetchat und Metropress betrieben wurden.

Schließlich wurde das gesamte Unternehmen an die Moskauer Regierung verkauft und geriet so unter direkte staatliche Kontrolle, die es ermöglichte, einfach diejenigen Publikationen auszuwählen, die an den Ladentheken erscheinen durften, und diejenigen, die als „unfreundlich“ eingestuft wurden und schnell aus dem Verkauf verschwanden.

Unterdessen blieb das Abonnementsystem, das für die Lebensfähigkeit einer jeden traditionellen Zeitungspublikation entscheidend ist, in den Händen des Staatsmonopols „Potschta Rossiji“ (Russische Post), das sich in all den postsowjetischen Jahrzehnten kaum verändert hat.

All dies hat de facto zu einem Verbot der freien wirtschaftlichen Tätigkeit im Medienbereich geführt, d. h. die Informationsindustrie hat praktisch aufgehört, ein Raum für Geschäftsentwicklung und unternehmerische Aktivitäten zu sein. Der Wettbewerb wurde dadurch grundsätzlich unmöglich. Unter diesen Bedingungen ist keine unabhängige und unkontrollierte Publikation in der Lage, „auf eigenen Füßen zu stehen“ und ihre Tätigkeit schlichtweg mit eigenen Einnahmen zu finanzieren. Besonders aktiv war der russische Staat bei der Kontrolle der elektronischen Medien.

Das Verfahren zur Vergabe von Lizenzen für Radio- und Fernsehfrequenzen ist seit Anfang der 2000er Jahre vollständig in staatlicher Hand, und bei den Entscheidungen der Kontrollorgane spielen kommerzielle Erwägungen kaum eine Rolle: Die Lizenzierungskommissionen nehmen auf Weisung der Verwaltungsbehörden (sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene) unloyale „Bewerber“ unter dem Vorwand diverser kleiner formaler Unregelmäßigkeiten in ihren Anträgen einfach aus dem Wettbewerb. Bekannt ist in diesem Zusammenhang das Beispiel des Radiosenders „Echo Moskwy“, der Ende der 1990er Jahre über Sendefrequenzen in fast allen Regionen Russlands verfügte, diese aber in den ersten zehn Jahren der Putin-Regierung allesamt verlor (mit Ausnahme von Moskau und St. Petersburg), obwohl er fachlich seinen Konkurrenten weit überlegen und in den Einschaltquoten überall dort, wo er noch sendete, führend war.

In dem Maße, in dem sich das Internet entwickelt hat und Medienprojekte aktiver geworden sind, eine wachsende Vielfalt von Online-Publikationen entstanden ist und sich die journalistische Tätigkeit auf soziale Netzwerke und die Blog-Szene verlagert hat, hat der russische Staat immer intensiver von einem anderen spezifischen Druckmittel Gebrauch gemacht: der **Kontrolle über die Internetprovider**.

Diese erwiesen sich als das schwächste Glied in der Struktur des russischen Internets, da ihre Tätigkeit nach russischem Recht lizenzpflichtig ist. Der Geschäftsbe-

trieb eines jeden Providers kann durch eine einfache Verwaltungsentscheidung ohne Gerichtsverfahren ausgesetzt oder gesperrt werden. Gleichzeitig würde auf einem hart umkämpften Markt wie dem Internetzugangsmarkt jede Aussetzung, selbst für einen sehr kurzen Zeitraum, einem Internetdiensteanbieter katastrophalen Schaden zufügen. So sorgen Unternehmen wie Comstar, Acado, Southern Telecom, Centre-Telecom, Ertelecom, Rinet, NETBYNET, Beeline-Telecom und andere große Anbieter von Internetzugängen für russische Nutzer technisch dafür, dass „schädliche“ und „nicht vertrauenswürdige“ Webseiten auf erste Anfrage der Sicherheitsdienste blockiert werden. Gleichzeitig ist es möglich, die Sperrung einer „unerwünschten“ Webseite auf Anordnung von Verwaltungsbehörden (auch auf lokaler Ebene) zu veranlassen, manchmal einfach per Telefonanruf mit Hilfe einer einfachen Einschüchterung des Anbieters, wiederum ohne Gerichtsbeschluss.

Auf diese Weise – ohne klare Rechtsgrundlage, ohne gerichtliche Anklage und sogar ohne vorherige Mitteilung – wurden beliebte Medienressourcen wie Ej.ru, Grani.ru, Kasparov.ru und Hunderte andere, damals weniger bekannte, gesperrt.

Auch die persönlichen Blogs vieler Oppositioneller und behördenkritischer Journalisten wurden mehrfach gesperrt. Dies ist besonders einfach in den sozialen Netzwerken umzusetzen, deren Server sich physisch in Russland befinden und von russischen Unternehmen betrieben werden: vor allem Livejournal oder VKontakte. Die Medienunternehmen werden so konsequent ihrer Existenzgrundlage beraubt und vor die Wahl gestellt, **entweder zu schließen oder vollständig in den Besitz oder die Kontrolle von Konzernen zu gelangen, die ihrerseits staatlich kontrolliert werden** (wie z. B. Gazprom) oder dem Staat gegenüber loyal sind. Es handelt sich um große Unternehmen, deren Erfolg durch die tiefe Integration, die langfristige Einbindung der gesamten Struktur – und persönlich der Eigentümer – in die Geschäfte mit dem Staat und „unter dem Staat“, in die Verwaltung der Finanzströme aus dem Haushalt, in die Abwicklung großer staatlicher Aufträge und öffentlicher Beschaffungen gewährleistet ist.

In den signifikantesten Fällen nimmt diese Beziehung eine Art Pflicht-Charakter an: Der Kreml zwingt Oligarchen, die der Macht nahestehen und Einkünfte aus der „staatlichen Partnerschaft“ erhalten dürfen, buchstäblich dazu, „Nicht-Kern-Medien-Anteile“ zu erwerben. Im Wesentlichen übernehmen sie die Verantwortung für die Kontrolle großer und einflussreicher Medien, die gestern noch als unabhängig galten.

Dies ist der Fall von **Alischer Usmanow**: Im Laufe der Jahre hat er seine Position als vertrauenswürdiger Manager von Gazprom ausgebaut, indem er große Vermögenswerte Dritter im Interesse des riesigen staatlichen Gasmonopols verwaltete, die sich aus verschiedenen Gründen seiner direkten Kontrolle entzogen. Infolgedessen gelang es Usmanow, sehr enge Beziehungen zu Spitzenbeamten des Kremls zu knüpfen (Alexej Nawalnys FBK-Untersuchungen ergaben, dass er tatsächlich Dmitri Medwedew und seine Familie bestochen hatte, gefolgt von anderen hochrangigen Beamten in der Putin- und dann der Medwedew-Regierung). So konnte er „von oben“ die Genehmigung für die Übernahme mehrerer großer Bergbau- und Verarbeitungsunternehmen und die Gründung der riesigen Metalloinvest-Holding erhalten (nicht ohne sehr großzügige Kredite von staatlichen Banken, insbesondere der VTB) und sich Zugang zum strategischen Telekommunikationssektor verschaffen (2012 erwarben seine Unternehmen eine Mehrheitsbeteiligung an MegaFon, einem der vier größten Mobilfunkbetreiber Russlands).

2006 kaufte Usmanow überraschend Boris Beresowski (damals ein politischer Emigrant und einer der schärfsten Kritiker von Präsident Putin) einen der stärksten und in der Öffentlichkeit angesehensten Medienkonzerne Russlands, das Verlagshaus „Kommersant“, ab.

Zwischen 2012 und 2014 erwarben Usmanows Unternehmensstrukturen sodann die Kontrolle über das größte soziale Netzwerk Russlands, VKontakte. Der Gründer des Netzwerks, Pavel Durov, behauptete wiederholt, dass die Geheimdienste Zugang zu persönlichen Informationen und Aktivitätsarchiven der Nutzer des sozialen Netzwerks sowie die Löschung zahlreicher Konten von Oppositionspolitikern und Ermittlungsprojekten zur Korruptionsbekämpfung forderten. Durov weigerte sich, den Forderungen der Behörden nachzukommen, aber das Problem wurde nach dem Eigentümerwechsel vollständig gelöst: VKontakte-Nutzer machen nach wie vor den größten Anteil derjenigen aus, die wegen ihrer Aktivitäten in sozialen Netzwerken verwaltungs- und strafrechtlich verfolgt werden, da die Sicherheitsdienste ungehindert auf alle Informationen über die Verfasser von „nicht vertrauenswürdigen“ Inhalten zugreifen können.

Später begann Usmanow, andere russische soziale Netzwerke, die mit Facebook konkurrieren, wie etwa Odnoklassniki und LiveJournal, über die ihm gehörenden Unternehmen zu kontrollieren. Sie alle wurden zusammen mit VKontakte Teil des riesigen Konglomerats von Internetdiensten und -ressourcen, Mail.Ru, das ebenfalls von Usmanow kontrolliert wurde. Außerdem verkaufte er seine Mehrheitsbeteiligung an dem Unternehmen an den staatlich kontrollierten Finanz- und Industriekonzern Sogaz, wonach das Unternehmen von Wladimir Kirijenko geleitet wurde, dem Sohn von Sergej Kirijenko, dem ersten stellvertretenden Leiter der russischen Präsidentschaftsverwaltung, der zuvor erster stellvertretender Leiter von Rostelekom gewesen war.

Einem ähnlichen Muster – „vorübergehende Leitung“, Stellung unter „Aufsicht“ – folgten weitere Fälle, in denen Oligarchen, die dem Kreml besonders nahestehen, an der Leitung einst unabhängiger Medien beteiligt waren. Diese Aufgaben wurden von den Finanzgruppen von **Roman Abramowitsch, Alexej Mordaschow, Alexander Mamut** und anderen im Auftrag des Kremles wahrgenommen.

Bereits in den frühen 2000er Jahren wurden die ersten Medienbeteiligungen den Oligarchen, die Putin persönlich nahestehen, den Brüdern **Michail und Juri Kowaltschuk**, in ähnlicher Weise aufgezwungen. Zunächst waren sie dazu verpflichtet, die Kontrolle über den strategisch wichtigen Sender Channel One von Roman Abramowitsch zu übernehmen (letzterer versuchte sehr aktiv, sich von der aktiven Einmischung in russische Angelegenheiten, einschließlich

Medienangelegenheiten, zu distanzieren, in der Hoffnung, seine Hauptaktivitäten ins Vereinigte Königreich zu verlagern). Heute ist die den Kowaltschuks gehörende Nationale Mediengruppe wahrscheinlich die mächtigste Vereinigung von Medienressourcen, die vom russischen Staat kontrolliert wird: Sie besitzt u. a. Mehrheitsanteile an Perwy Kanal (Channel One), Pjaty Kanal (Channel Five), REN-TV, Iswestija und Sport-Express und hält über das Monopolunternehmen Video International auch einen bedeutenden Anteil am russischen Werbemarkt.

Ein ähnlicher Kontrollmechanismus funktioniert auf der Ebene der russischen Regionen und dann auf der Ebene der Gemeinden. Die „Informationsordnung“ wird

dort von lokalen Mini-Oligarchen überwacht, die den Verwaltungen der Gouverneure, Republikchefs, Stadt- oder Gemeindebehörden nahestehen.

Auf Provinzebene gibt es darüber hinaus noch weitere spezifische Formen der Kontrolle lokaler Medien durch regionale und oft auch städtische Behörden: In ganz Russland hat sich seit fast zwei Jahrzehnten die Praxis von „Informationspartnerschaftsvereinbarungen“ - manchmal sogar noch offener „Informationsdienstleistungen“ - zwischen den Eigentümern von Medienressourcen und den lokalen Verwaltungen verbreitet. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Vereinbarungen über die Finanzierung der Arbeit von Redaktionen aus dem regionalen oder städtischen Haushalt im Gegenzug für deren vollständige Unterordnung unter die Anweisungen von Beamten: So kommt es häufig vor, dass kleine Stadtzeitungen bestimmte lokale Nachrichten nicht aus eigener Initiative, sondern gemäß einer von der zuständigen Abteilung der Stadtverwaltung (dies kann der Pressedienst des Verwaltungsleiters, die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit usw. sein) vorab genehmigten Liste berichten.

Wir müssen also feststellen, dass der russische Staat in den ersten Jahren seiner Entstehungsgeschichte immer wieder bewusste und systematische Anstrengungen unternommen hat, den nationalen Journalismus als solchen zu zerstören: als Handwerk, als Berufsgemeinschaft und als einzigartige gesellschaftliche Institution. Es wurde eine Art „wirtschaftliches Sonderregime“ geschaffen, um die Medienindustrie praktisch zu zerstören.

Unter diesen Umständen wurde der Mechanismus der negativen Selektion im beruflichen Umfeld immer deutlicher sichtbar. Unter ständigem Druck überleben diejenigen am besten, die bereit sind, „neue Loyalitätsanforderungen“ zu akzeptieren, während die qualifiziertesten und verantwortungsvollsten Fachleute aus dem journalistischen Umfeld verdrängt werden. Medienunternehmen schließen immer wieder, Journalisten verlieren ihre bisherigen Arbeitsplätze, finden aber keine neuen, da Medienneugründungen unter diesen Bedingungen immer seltener werden.

Dennoch konnte der russische Qualitätsjournalismus überleben, dank der Bemühungen kleiner und sehr mobiler Medienprojekte der neuen Generation, die in einem aggressiven politischen Umfeld und unter äußerst ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen überleben konnten. Im Folgenden wird auf diese Erfahrung im Einzelnen eingegangen.

Zunächst muss jedoch genau untersucht werden, wie sich der Prozess der staatlichen Repression gegen Journalisten und die Medienbranche in der Zeit der Verschärfung der autoritären Diktatur nach der „Rochade“ unter Beteiligung des „Thronfolgers“ Dmitri Medwedew und der Rückkehr von Wladimir Putin ins Präsidentenamt im Jahr 2012 entwickelt hat.

3. Das zweite Jahrzehnt der Herrschaft Putins: Einführung und Entwicklung spezifischer repressiver Mediengesetze

Die zweite Phase der Entwicklung des staatlichen Drucks auf die russische Medienlandschaft wurde unmittelbar nach der Rückkehr von Wladimir Putin ins Präsidentenamt im Mai 2012 deutlich.

Putins dritter Amtszeit, die durch die betrügerische Manipulation der Übergangspräsidenschaft - einen Ämtertausch mit Ministerpräsident Medwedew und die anschließende umgekehrte „Rochade“ - ermöglicht wurde, ging eine kurze Phase stark zunehmender Proteste voraus, vor allem in Moskau und St. Petersburg und anderen russischen Großstädten. Grober und dreister Wahlbetrug, zunächst bei der Wahl zur Staatsduma (November 2011) und dann bei der Präsidentschaftswahl in Russland (März 2012), löste Massenproteste und Demonstrationen aus. Sie wurden von Hunderttausenden von Menschen besucht, von denen viele gesellschaftliche Gruppen vertraten, die noch recht loyal zur Regierung Putin standen: Unternehmer, Angestellte von staatlichen und großen privaten Unternehmen, Vertreter freier Berufe, Intellektuelle, Studenten...

Das Putin-Regime reagierte mit gewaltsamer Unterdrückung, die durch das massive Verprügeln von Teilnehmern der friedlichen Demonstration vom 12. Mai 2012 auf dem Bolotnaja-Platz eingeläutet wurde. Diese von der Polizei und den Sonderdiensten im Voraus geplante Provokation war der Auslöser für den ersten Massenschauprozess, der als „Bolotnaja-Prozess“ bekannt wurde: Dutzende von Personen, zumeist völlig zufällige Demonstranten, wurden wegen falscher Anschuldigungen wie Angriff auf Polizeibeamte, Gewalt gegen Behördenvertreter usw. zu Haftstrafen verurteilt.

Die Behörden betrachteten die Proteste im Winter und Frühjahr 2011/12 als Versuch einer „farbigen Revolution“ (nach dem Vorbild der Volksbewegungen in den nordafrikanischen Ländern und einigen ehemaligen Sowjetrepubliken in den 2010er Jahren), die angeblich von außen inspiriert und von ausländischen politischen Kräften, Geheimdiensten und subversiven Organisationen, die Russland feindlich gesinnt sind, unterstützt wurden. Ausländische NRO, Stiftungen, Menschenrechtsbewegungen und – vor allem – ausländische Medien wurden beschuldigt, die Proteste zu finanzieren und direkt zu organisieren. Und in der Folge wurden auch gegen ihre russischen Kollegen, die zumindest einige Verbindungen zu ausländischen Partnern haben, Anschuldigungen erhoben, eine „farbige Revolution“ zu organisieren.

Als Reaktion auf diese erfundenen „äußeren Bedrohungen“ führte das Putin-Regime eine umfassende Reform der russischen Gesetzgebung durch, die die Situation im Bereich der öffentlichen, gemeinnützigen Organisationen und im dazugehörigen Informationsumfeld radikal veränderte.

Dieser Kampf gegen die Phantombedrohung, die von Putin und seinem Gefolge erfunden wurde, um ihre repressiven Absichten zu erklären, hat sich als Grundlage für

eine sehr langfristige Strategie erwiesen, und die Vorgehensweise der Behörden folgt dieser Logik auch heute noch, zehn Jahre später.

Man kann mit Sicherheit sagen, dass es diese Fokussierung auf die „äußere Bedrohung“ war, die das Putin-Regime schließlich in die Katastrophe führte - den Beginn der Aggression gegen die Ukraine, die schließlich zu einem Krieg zwischen dem totalitären Russland und der gesamten zivilisierten Welt führte. Präsident Putin und sein Machtapparat betrachteten die ukrainische „Revolution der Würde“ von 2014 als eine weitere „farbige Revolution“, die ausschließlich von außen inspiriert wurde, und sahen darin eine direkte Bedrohung für die Stabilität ihrer eigenen Macht in Russland.

Die totale Kontrolle über die Legislative sowie die direkte Steuerung der Staatsduma durch die Präsidentialverwaltung ermöglichten es bereits Anfang der 2010er Jahre, ein regelrechtes legislatives Fließband zu errichten. Gerade in dieser Zeit erhielten die obersten gesetzgebenden Organe Russlands den Spitznamen „tollwütiger Drucker“, da sie bereit waren, in einem enormen Tempo die plumpsten und dümmsten repressiven Gesetze zu erlassen. Der Komplex gesetzlicher Neuerungen jener Zeit zielte im Allgemeinen darauf ab, die Grundlagen des zivilgesellschaftlichen Lebens in Russland allmählich auszuhöhlen – darunter natürlich auch die Redefreiheit.

Zu den ersten Neuerungen mit starkem Störeffekt gehörten **die Gesetze (die entsprechenden Gesetze wurden 2012 von der Staatsduma verabschiedet und 2015 drastisch weiterentwickelt), die das Recht ausländischer Unternehmen, Anteilseigner russischer Medien zu sein, sowie das Recht ausländischer Manager, Redaktionen zu leiten, einschränkten.** Ausländisches Eigentum – gefolgt von ausländischen Investitionen und wichtigen Verträgen mit einflussreichen globalen Werbekunden und mächtigen internationalen Werbeagenturen – wurde mehreren großen Verlagsunternehmen in Russland entzogen. Viele von ihnen waren Partner von internationalen Medienkonzernen wie Axel Springer, Hachette, Financial Times, Wall Street Journal, Newsweek und anderen.

Die damals verabschiedeten **Gesetze zur Beschränkung des Werbemarktes** versetzten der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Medienunternehmen einen schweren Schlag und zerstörten ganze Bereiche der Werbetätigkeit: Werbung für Bier, Alkohol, Medikamente und Nahrungsergänzungsmittel, medizinische und finanzielle Dienstleistungen sowie Tabak wurde in Printmedien und im Fernsehen konsequent verboten oder stark eingeschränkt.

Am umfangreichsten war jedoch der Prozess der Einführung in das russische Recht und der darauffolgenden Entwicklung und Ausweitung der Institution der „ausländischen Agenten“.

Das Konzept des „ausländischen Agenten“ tauchte in der russischen Gesetzgebung erstmals **im Juli 2012** auf, als die Staatsduma das Gesetz „Über nichtkommerzielle Organisationen“ verabschiedete. Demzufolge konnte der Status des „ausländischen Agenten“ zunächst nur russischen gemeinnützigen Organisationen zuerkannt werden. In den folgenden vier Jahren wurde der Status des „ausländischen Agenten“ weiterentwickelt und ausschließlich auf den Bereich ausgedehnt, der nichts mit den professionellen Medien zu tun hatte.

Ende November 2017 wurden jedoch Änderungen an mehreren Gesetzen - darunter

auch Mediengesetz - verabschiedet, die den Begriff des „ausländischen Agenten“ auch auf Medienunternehmen ausweiteten. Die Behörden begründeten diese Entscheidung mit der Notwendigkeit, auf die Forderung des US-Justizministeriums nach einer Registrierung der staatlichen Propagandaunternehmen Russia Today und Sputnik als „ausländische Agenten“ zu reagieren.

Der nächste Schritt wurde **im Januar 2018** unternommen: Mehrere Mitglieder der Duma und des Föderationsrats (darunter der berühmte Senator Andrej Klischas, der eine der Schlüsselfiguren in der Entwicklung des riesigen Pakets repressiver Änderungen der russischen Verfassung im Jahr 2020 sein sollte) brachten einen Gesetzentwurf ein, der den Status des „ausländischen Agenten“ so erweiterte, dass er nicht nur einem Unternehmen, sondern auch einer Einzelperson zugewiesen werden konnte.

Gesetzlich festgelegt war, dass eine Person dafür nur zwei Kriterien erfüllen musste: erstens, die Veröffentlichung einer „Mitteilung an einen unbestimmten Personenkreis“ (d. h. ein Text, eine Ankündigung, ein Beitrag, ein Kommentar, was auch immer) und zweitens, die Entgegennahme von Einkünften aus irgendeiner ausländischen Quelle, wobei es keine Rolle spielte, wie hoch oder aus welchem Grund das Geld aus dem Ausland kam und ob ein Zusammenhang mit den Veröffentlichungen bestand oder nicht. Im Dezember 2019 wurde dieser Entwurf angenommen und von Präsident Putin unterzeichnet.

Dieses Gesetz blieb ein ganzes Jahr lang untätig: Erst am **28. Dezember 2020** veröffentlichte das russische Justizministerium die erste Liste von fünf Personen, die als „ausländische Medienagenten“ anerkannt wurden, darunter einer der ältesten und bekanntesten russischen Menschenrechtsverteidiger Lew Ponomarjow, die junge Frauenrechtlerin Daria Apachontschitsch und drei Regionaljournalisten, die mit verschiedenen, mit Radio Liberty verbundenen Medien zusammengearbeitet hatten.

Gleichzeitig – ebenfalls **im Dezember 2020** – wurde die russische Gesetzgebung um einen Artikel ergänzt, der dem Justizministerium und der Staatsanwaltschaft das Recht einräumt, jede Person als „ausländischen Agenten“ anzuerkennen, die sich beruflich mit der Sammlung und Verbreitung von Informationen im Bereich der russischen Verteidigung und Sicherheit, der Waffenproduktion und des Waffenhandels befasst, die den Zustand der russischen Streitkräfte bewertet und ihre Perspektiven analysiert. Damit ist der Beruf des militärischen Analysten, Berichterstatters, Kommentators – ganz allgemein jeder Journalist, der sich in irgendeiner Weise für Verteidigungs- oder Sicherheitsfragen interessiert – praktisch verboten. Dies war vielleicht der erste Fall eines direkten und radikalen Verbots eines der journalistischen Berufe. Mehrere prominente russische Kriegsberichterstatter – wie Pawel Felgengauer und Alexander Golz – haben seither praktisch aufgehört, öffentlich zu sprechen oder ihre Texte zu veröffentlichen.

Die letzte Aktualisierung und Erweiterung der Gesetzgebung über „ausländische Agenten“ fand erst vor kurzem statt – **im Juli 2022**, als das Gesetz „Über die Kontrolle der Tätigkeit von Personen unter ausländischem Einfluss“ verabschiedet wurde: Es wird am 1. Dezember 2022 in Kraft treten. Ein besonderes Merkmal dieses Gesetzes war die Anerkennung, dass jede Person in Russland praktisch willkürlich als „ausländischer Agent“ anerkannt werden könne, ohne dass konkrete Tatsachen für den Erhalt von Finanzmitteln – oder überhaupt von materiellen Vorteilen – aus ausländischen Quellen angegeben werden müssten. Stattdessen reicht es nun aus, eine verdächtige Person

als „unter ausländischem Einfluss stehend“ zu bezeichnen, wobei die Definition dieses Einflusses und seines Ursprungs völlig unbestimmt bleibt. Darüber hinaus bietet das neue Gesetz den Strafverfolgungsbehörden die Möglichkeit, jeden, der für eine als „ausländischer Agent“ anerkannte NRO oder Medienorganisation arbeitet, als „verbundene Person“ anzuerkennen und viele der formalen Anforderungen und Beschränkungen, die einem „ausländischen Agenten“ auferlegt werden, auf sie auszudehnen.

Zugleich wurde das Strafgesetzbuch der Russischen Föderation um mehrere Artikel ergänzt, die darauf abzielen, die Haftung „ausländischer Agenten“ von der administrativen auf die rein strafrechtliche Ebene zu verlagern, so dass sie mit Freiheitsstrafen statt mit Geldstrafen belegt werden können, um den ausländischen Agenten in gleichem Maße einer willkürlichen Freiheitsberaubung auszusetzen. Einer dieser neuen Artikel (Artikel 275.1 des Strafgesetzbuches) legte insbesondere die Strafbarkeit der „vertraulichen Zusammenarbeit mit einem ausländischen Staat, einer internationalen oder ausländischen Organisation“ fest, d.h. er brachte praktisch die Praxis der strafrechtlichen Verfolgung „unkontrollierter“ Kontakte mit Ausländern zurück, die bei den stalinistischen Repressionen und in der dunkelsten Zeit der sowjetischen Nachkriegsstagnation verbreitet war.

All diese aufeinanderfolgenden Neuerungen, Erweiterungen und Verschärfungen des Systems zur Ernennung „ausländischer Agenten“, zur Kontrolle ihrer Tätigkeit und zur Ahndung von Verstößen gegen die von den Strafbehörden auferlegten „Regeln und Anforderungen, die mit dem Status eines ausländischen Agenten einhergehen“, haben zu einem ausgeklügelten und vielschichtigen System der Verfolgung von Bürgern geführt, deren Tätigkeit vom russischen Regime als „unzuverlässig“ oder „feindlich“ angesehen wird.

Nach russischem Recht gibt es heute drei Statusarten eines „ausländischen Agenten“:

- Organisationen, wie etwa eingetragene NRO und nicht eingetragene öffentliche Vereinigungen, die die Aufgaben eines ausländischen Agenten wahrnehmen
- Organisationen und Personen (Journalisten, Blogger, aktive Bürgerrechtler), die als ausländische Medien anerkannt sind und die Funktionen eines ausländischen Agenten ausüben
- Personen, die als ausländische Agenten in ihrer persönlichen, menschlichen Eigenschaft anerkannt sind (die meisten von ihnen sind auch Journalisten)

Der Status „Staatsfeind“, der dieser vielfältigen Gemeinschaft von Organisationen und Einzelpersonen zugewiesen wird, wird durch eine Reihe von Gesetzen geregelt, darunter:

- das Gesetz „Über nichtkommerzielle Organisationen“
- das Gesetz „Über die Maßnahmen zur Beeinflussung von Personen, die an Verletzungen der grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten sowie der Rechte und Freiheiten von Bürgern der Russischen Föderation beteiligt sind“;
- das Gesetz „Über die Massenmedien“;
- das Gesetz „Über gesellschaftliche Vereinigungen“.

Nachdem der Kreml im Dezember 2020 de facto eine Initiative gestartet hat, um Journalisten offiziell als „Staatsfeinde“ anzuerkennen, haben das russische Justiz-

ministerium, die russische Staatsanwaltschaft und Roskomnadsor – die drei wichtigsten Behörden, die mit der Durchführung repressiver Informations- und Öffentlichkeitsarbeit betraut sind – ein ganzes Fließband in Gang gesetzt, um immer mehr Nachrichtenredaktionen und Einzelpersonen als „ausländische Agenten“ anzuerkennen und sie dann für die Nichteinhaltung der diskriminierenden Pflichten der Behörden zu bestrafen. Dazu muss man wissen, dass das Verfahren zur Eintragung von Personen und Organisationen in das Register ausländischer Agenten völlig außegerichtlich ist: Die Entscheidungen werden nach dem Ermessen einiger weniger Beamter getroffen, die befugt sind, den Strafmechanismus zu verwalten. Im Justizministerium sind diese Aufgaben einer eigens geschaffenen Abteilung übertragen, die von einem der stellvertretenden Minister, Andrej Swiridenko, einem ehemaligen Richter des Obersten Gerichtshofs, geleitet wird, der sein Richteramt aufgrund zahlreicher Reputationsskandale und öffentlicher Plagiats- und Korruptionsvorwürfe verlor.

Im Frühjahr, Sommer und Herbst 2021 war dieser Repressionsapparat besonders aktiv: Jeden Freitag wurde mit der Regelmäßigkeit eines Metronoms über neue Einträge in das Register „ausländische Medien – ausländische Agenten“ entschieden.

Die größten unabhängigen Medien, wie der Fernsehsender Dozhd und Meduza, erhielten den Agenten-Status. Jede Woche wurden weitere Personen in die Liste aufgenommen – bekannte Journalisten, aktive Blogger, Menschenrechtsaktivisten und Bürgerrechtler, die sich oft auf ihren eigenen Social-Media-Accounts oder in professionellen Medien öffentlich äußerten und in der Tat intensive journalistische und publizistische Arbeit leisteten.

Die Gründe für die Aufnahme in das Register können sehr lächerlich und manchmal auch einfach nur anekdotisch sein. Das Justizministerium, das sich nicht allzu sehr um die Logik und Plausibilität seiner Anschuldigungen kümmert, könnte als solche Gründe die Teilnahme eines Journalisten an einer Pressereise, die von einem ausländischen Partner oder Werbekunden bezahlt wurde, einen Hotelaufenthalt für die Teilnahme an einer internationalen Journalistenkonferenz, eine einfache Überweisung von Verwandten oder Freunden, die im Ausland leben, und manchmal die Entgegennahme des Baranteils einer internationalen Auszeichnung oder eines Preises für den Gewinn eines professionellen journalistischen Wettbewerbs anführen. Es gab auch viele Fälle, in denen die Behörden Überweisungen von ihren eigenen Bankkonten im Ausland und gelegentliche Abrechnungen mit ausländischen Gegenparteien als „Auslandsfinanzierung“ anerkannt haben.

Insgesamt war allen Prozessbeteiligten klar, dass die Bezeichnung eines Journalisten als „ausländischer Agent“ eine willkürliche politische Maßnahme ist, eine Form der Bestrafung eines unzuverlässigen Bürgers, dessen Aktivitäten die Behörden als illoyal und schädlich für sich selbst erkennen: Zum ausländischen Agenten wird jemand ernannt, gegen den der Staat eine politische Beschwerde erhebt, und die Beamten sind bereit, aus jedem Informationsmüll einen Anlass für die Ernennung zu finden, und wenn sich nichts findet - es einfach zu erfinden.

Im Oktober 2021 verabschiedeten die Zensurbehörden eine interne Anweisung, nach der **alle Medien, die von staatlichen Stellen eingerichtet wurden oder Subventionen aus dem Staatshaushalt erhalten** (wie Russia Today, TASS oder die großen staatlich kontrollierten Fernseh- und Radiosender), **von vornherein von der Anklage der „ausländischen Agenturtätigkeit“ befreit sind**. Sie waren nicht mehr verpflich-

tet, Roskomnadsor über ausländische Finanzmittel zu berichten, die sie in Hülle und Fülle hatten, und sei es nur, weil sie alle eine aktive kommerzielle Tätigkeit ausüben und Werbeverträge und Vertriebsvereinbarungen mit ausländischen Auftragnehmern abschließen. Auf diese Weise hat der Staat effektiv anerkannt, dass die Gesetzgebung über „ausländische Agenten“ ausschließlich für „feindliche Elemente“ gedacht ist, aber „eigene“, loyale und kontrollierte Medien, NROs und einzelne Journalisten in keiner Weise betreffen kann.

Bis Ende 2021 waren fast 100 verschiedene unabhängige NRO und kommerzielle Unternehmen gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen, nachdem sie in das Register der „ausländischen Agenten“ aufgenommen worden waren, darunter eine beträchtliche Anzahl von Redaktionen und Medienprojekten (z. B. VTimes, ein Projekt der Zeitung Wedomosti, das von seinen neuen Eigentümern zensiert wurde, oder Vierter Sektor, ein Zusammenschluss unabhängiger Journalisten im Ural und in Westsibirien).

Zeitgleich lief eine massive Kampagne zur Bestrafung neu ernannter „ausländischer Agenten“ wegen Verstößen gegen die Anforderungen des Agentenstatus.

„Allein in der ersten Hälfte des Jahres 2021 verhängten die Gerichte der ersten Instanz Geldstrafen in Höhe von 8,5 Millionen Rubel gegen gemeinnützige Organisationen und ihre Führungskräfte im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Gesetz über „ausländische Agenten“. Die Geldstrafen für Verstöße gegen die Kennzeichnung als „ausländischer Agent“ waren massiv: Im Oktober meldete Roskomnadzor 843 solcher Protokolle“, berichteten OVD-Info und das Zentrum zum Schutz der Medienrechte in ihrem gemeinsamen Bericht (Dezember 2021, <https://inoteka.io/ino/sozdano-i-ili-rasprostraneno>).

Bereits Mitte 2021 war eine Tendenz zur „beruflichen Emigration“ unter den Journalisten zu beobachten, vor allem unter denjenigen, die von der „ausländischen Agenten“-Kampagne betroffen waren: Das Land verließen sowohl diejenigen, die bereits auf der „Feindesliste“ standen, als auch diejenigen, die erkannten, dass ein solcher Status unvermeidlich und nur eine Frage der Zeit war.

Es ist anzumerken, dass die Berufsverbände in dieser Phase versuchten, legalen Widerstand gegen die repressiven staatlichen Angriffe zu organisieren. Mehr als 250.000 Menschen unterzeichneten die Petition für die vollständige Abschaffung des Gesetzes über „ausländische Agenten“, die von 240 Organisationen unterzeichnet wurde, darunter führende russische Medien und Wohlfahrtsverbände sowie die größten Zivil- und Umweltprojekte aus allen Teilen des Landes. Eine Gruppe von Journalisten unter der Leitung von Dmitri Muratow, dem Chefredakteur der „Nowaja Gaseta“, hat ein Paket von Änderungen des Gesetzes über „ausländische Agenten“ in den Medien ausgearbeitet und der Staatsduma offiziell vorgeschlagen; zusätzliche Versionen der Änderungen wurden vom Menschenrechtsrat des Präsidenten und sogar von der offiziellen russischen Journalistengewerkschaft vorgeschlagen. Trotz der formellen Erklärungen des Kremls, dass er zu einem „Dialog“ über dieses Thema bereit ist, blieben alle diese Versuche ergebnislos.

Der öffentliche Standpunkt der russischen Behörden zur Einrichtung von „ausländischen Agenten“ im Land besteht darin, dass dieser Status ausschließlich „informativ“ Funktionen zu haben scheint: Angeblich bringt die Aufnahme in das Register nichts anderes als die Verpflichtung mit sich, „ehrlich über die Finanzierungsquellen zu berichten“. Abgeordnete und Beamte haben stets argumentiert, dass der Erwerb

einer Kennzeichnung als „ausländischer Agent“ die Aktivitäten von NRO und Medien nicht einschränkt, ihre Schließung nicht erforderlich macht, ihre beruflichen Aktivitäten nicht behindert und nur für die „Transparenz ihrer Arbeit“ notwendig ist.

Allerdings wird **jedes Medium, jede Person, die den Status eines ausländischen Agenten erhält, sofort einer Reihe von diskriminierenden Beschränkungen unterworfen, und ihre Aktivitäten werden von einer Reihe von demütigenden und meist sinnlosen, beleidigenden Pflichten begleitet.** In Wirklichkeit dient das Gesetz über ausländische Agenten nur dazu, der als Feind anerkannten Person oder einer ganzen Organisation, der der feindliche Status zuerkannt wurde, das Leben zu erschweren und wenn möglich zu zerstören. Es handelt sich um eine bestrafende, quälende Gesetzgebung im eigentlichen Sinne des Wortes: Sie hat keinen anderen Sinn, als ihrem Opfer absichtlich zu schaden.

Eine Person, die als ausländischer Agent gebrandmarkt ist – meistens, wie oben erwähnt, ein Journalist oder Blogger – ist verpflichtet, jede öffentliche Äußerung (nicht nur eine vollständige Veröffentlichung, sondern auch jeden Beitrag in den sozialen Medien, jeden Tweet, Kommentar, jede Antwort, jeden YouTube-Auftritt, jede öffentliche Rede usw.) mit einem speziellen „Haftungsausschluss“ zu versehen, der auf den Status des Autors als ausländischer Agent hinweist. Darüber hinaus ist der ausländische Agent verpflichtet, den staatlichen Behörden regelmäßig umständliche und sinnlose Berichte über seine Einnahmen und Ausgaben vorzulegen, was an sich schon ein demonstrativer Eingriff in das Privatleben einer Person ist, der jegliches Recht auf Privatsphäre und Vertraulichkeit genommen wird. Einzelne ausländische Agenten müssen außerdem eine juristische Person gründen, die wiederum zu einer Agenten-NRO ernannt wird: Diese Pflicht dient lediglich dazu, die Finanzberichterstattung noch zeitaufwändiger und komplizierter zu machen.

Dies sind jedoch nur direkte, formale Mittel zur Durchsetzung und Diskriminierung von „ausländischen Agenten“. Hinzu kommt eine Vielzahl weiterer Umstände. Sie schaden dem „Staatsfeind“ oft noch mehr und erschweren seine berufliche Tätigkeit und seine Teilnahme am öffentlichen Leben erheblich.

In erster Linie geht es um die **Rufschädigung, Demütigung und Feindseligkeit, die der Status eines „ausländischen Agenten“ in den Augen eines erheblichen Teils der russischen Gesellschaft mit sich bringt.**

Der offizielle Standpunkt, wonach der Status eines ausländischen Agenten „rein technischer“, „informativer“ Natur ist, hindert die gesamte Propagandamaschinerie des russischen Staates keineswegs daran, große Anstrengungen zu unternehmen, um dem öffentlichen Ruf eines „ausländischen Agenten“ massiv zu schädigen. Die permanente Diskreditierungskampagne erfolgt in Form einer massiven medialen und psychologischen Aggression durch staatliche Fernsehsender, Internetportale und offizielle Nachrichtenagenturen.

Parallel dazu – mit besonderer Wut und ohne Scheu vor Fiktionen, Lügen und großen Beleidigungen – laufen andere Kampagnen, die vom Staat oder von besonders regierungsnahen Geschäftsleuten wie Jewgeni Prigoschin oder Konstantin Malofejew finanziert werden. Beispiele hierfür sind „Informationskonglomerate“ wie RIA FAN oder das Komitee für die Verteidigung nationaler Interessen. Sie alle verwandeln sich in rund um die Uhr laufenden Lügen- und Beleidigungsmaschinen gegen „aus-

ländische Agenten“ und diejenigen, die nach Ansicht der Propagandisten – oder ihrer Auftraggeber – diesen feindlichen Status erhalten sollen.

Neben diesen speziell organisierten Kampagnen wird das öffentliche Bewusstsein unweigerlich durch den historischen Kontext beeinflusst, da die Erfahrung der politischen Unterdrückung in der UdSSR und das Erbe des sowjetischen Begriffs „Feind des Volkes“ bei vielen noch präsent sind. Im Jahr 2017 veröffentlichte der soziologische Informationsdienst Lewada-Zentrum die Ergebnisse einer Umfrage über die Haltung der Russen gegenüber der Gesetzgebung über „ausländische Agenten“ sowie über die Assoziationen, die der Status „ausländischer Agent“ hervorruft. Laut der Umfrage glauben mehr als die Hälfte (56 %) derjenigen, die von dem Gesetz gehört haben, dass es dazu dient, „den negativen Einfluss des Westens auf unser Land zu begrenzen“. Die überwiegende Mehrheit der Befragten wusste nichts über das Gesetz, hat aber dennoch eine negative Einstellung zum Status des „ausländischen Agenten“. Die Forscher erklärten:

„Dieser Ausdruck hat eine ausschließlich negative Konnotation für die Bevölkerung (trotz aller Erklärungen des Verfassungsgerichts, dass der Ausdruck in der heutigen Realität seinen negativen Kontext aus der Sowjetzeit verloren hat). Negative Assoziationen mit dem Begriff werden von fast 60 % der Bevölkerung geäußert, etwa 30 % geben neutrale Assoziationen an, und 3 % nennen positive Assoziationen (es gibt tatsächlich auch solche).“

Zu den genaueren Assoziationen, die mit dem Ausdruck verbunden sind, führt das Zentrum folgende Ergebnisse an:

„Die häufigste Kategorie von Assoziationen, die wir durch eine offene Befragung (bei der die Befragten ohne Aufforderung durch die Soziologen antworten) ermitteln konnten, bezieht sich auf Spionage: In dieser Gruppe ist ein ausländischer Agent ein „Spion des ausländischen Geheimdienstes“, ein „CIA-Agent“, ein „Geheimagent“, ein „Anwerber“, ein „Spitzel“ usw. Diese Ansichten werden von 45 % der Bevölkerung geteilt. Die nächsthäufigste Antwortkategorie wird mit dem Bild eines „Volksfeindes“ („Feind Russlands“, „Verräter“, „Abtrünniger“) in Verbindung gebracht; sie wird von etwa 7% geteilt. Konkrete neutrale Assoziationen zur Wirtschaftstätigkeit konnten nur vier Prozent der Befragten nennen. Solche Wahrnehmungen (...) wirken sich zwangsläufig auf den Ruf von Organisationen und Personen aus, die auf der Liste der „ausländischen Agenten“ stehen. Dies führt zu bestimmten Einschränkungen ihrer Tätigkeit, die über die formellen und gesetzlichen Einschränkungen hinausgehen...“

(IBID: <https://inoteka.io/ino/sozdano-i-ili-rasprostraneno>)

Als Nächstes sei auf die **direkten Hindernisse** hingewiesen, **die einem „ausländischen Agenten“ jeglicher Art – den Medien, einem bestimmten Journalisten, einem Blogger – bei der Erfüllung seiner beruflichen Pflichten entgegenstehen.**

Erstens sind die Veröffentlichungsmöglichkeiten stark eingeschränkt: Viele Publikationen, Medienplattformen und Projekte scheuen sich, mit einem ausländischen Agenten zusammenzuarbeiten, und vermeiden es, das Label „ausländischer Agent“ in ihren Veröffentlichungen zu verwenden. Mit anderen Worten: Der ausländische Agent befindet sich von vornherein in einer diskriminierten Position auf dem Arbeitsmarkt.

Zweitens schränkt der Status eines „ausländischen Agenten“ sofort jegliche Kom-

munikation mit staatlichen Behörden und Institutionen ein bzw. macht sie oft sogar völlig unmöglich. Dazu gehören nicht nur die Behörden, die jeden Kontakt mit ausländischen Agenten vermeiden, sich weigern, sie bei ihren Veranstaltungen zu akkreditieren, auf legitime Informationsanfragen zu reagieren und mit ihnen off bzw. on-record zu kommunizieren. Ebenso kompliziert sind aber auch die Kontakte von Journalisten zu Schulen und staatlichen Universitäten, zum staatlichen Gesundheitssystem, zu kommunalen und Verkehrsbetrieben, zu Archiven, Bibliotheken, Museen und staatlichen Kultureinrichtungen.

Die Arbeit von Militärkorrespondenten und -experten unterliegt spezifischen und äußerst strengen Beschränkungen, wenn sie in das Register ausländischer Agenten eingetragen sind: **Ihre Tätigkeit wird praktisch vollständig eingestellt.**

Im Sommer 2021 veröffentlichten der Geheimdienst FSB und das Verteidigungsministerium spezielle Dienstanweisungen, in denen eine umfangreiche Liste von Informationen enthalten ist, deren Sammlung und Verbreitung dazu führt, dass Journalisten automatisch den Status ausländischer Agenten erhalten – auch ohne jeden Hinweis auf ausländische Einnahmen. Darüber hinaus sind die Definitionen der Arten von Informationen, die in dieser Liste enthalten sind, so vage und zweideutig, dass das Risiko einer strafrechtlichen Verfolgung sowie der Anklage wegen Spionage oder Hochverrat, die in solchen Fällen fast automatisch aus der Erlangung des Status eines ausländischen Agenten folgt, extrem hoch wird.

Eine weitere Folge ist der Vertrauensbruch bei Quellen, deren Kontakte für einen guten, seriösen Journalismus und für die Aufrechterhaltung des erforderlichen Niveaus an Glaubwürdigkeit und Verantwortung journalistischer Veröffentlichungen unerlässlich sind. Die Zusammenarbeit mit einem journalistischen Auslandsagenten birgt jedoch auch erhebliche Risiken für seine Informanten – oder einfache Gesprächspartner.

Auch ein rein psychologisches Vorurteil spielt eine Rolle – das Vorhandensein eines negativen „Etiketts“ zerstört alle üblichen Formen der Kommunikation mit dem Journalisten.

Darüber hinaus führt die Aufnahme eines Medienunternehmens oder eines bestimmten Journalisten in das Register der „ausländischen Agenten“ unweigerlich zu einer **radikalen Einschränkung der Geschäfts-, Handels- und Partnerschaftskontakte**, selbst mit langjährigen Vertragspartnern. Auf den ersten Blick enthält das Gesetz keine formellen Beschränkungen für Geschäftsbeziehungen mit einem „ausländischen Agenten“ und scheint sein geschäftliches Pendant in keiner Weise zu bedrohen. Die Erlangung eines solchen Status führt jedoch zur sofortigen und fast vollständigen Beendigung von Werbeverträgen und Partnerschaftsvereinbarungen, zum Entzug von Lizenzen für die Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte und zum Ausschluss ganzer Bereiche des Vertriebs von Medienprodukten. Außerdem ziehen sich nicht nur Einzelpersonen, sondern auch ganze Unternehmen, darunter große Konzerne und einflussreiche Handelsgesellschaften, von ihren bisherigen Verpflichtungen zurück.

All dies führt oft zu einem schnellen und unwiderruflichen Zusammenbruch des gesamten Geschäftsmodells, auf dem die Existenz eines Medienunternehmens oder eines journalistischen Projekts aufgebaut ist. Neben Partnern und Investoren

verschwinden auch Fördermittelgeber: Nichtkommerzielle Unternehmen, die noch keinen Agenten-Status erhalten haben, fürchten sich vor der „Schädlichkeit“ bereits anerkannter ausländischer Agenten.

In der Zwischenzeit steigen die Kosten für die Aufrechterhaltung des Status eines ausländischen Agenten: Die umständliche Berichterstattung erfordert die Einstellung eines riesigen Mitarbeiterstabs von Buchhaltern, Anwälten und Steuerberatern, die Kosten für die Rechnungsprüfung steigen, was jedoch nicht verhindert, dass ständig Vorwürfe wegen Nichterfüllung erhoben werden und die daraus resultierenden Geldstrafen rapide ansteigen: Selbst die gewissenhafteste Umsetzung der absurden Vorschriften und Regelungen rettet nach dem geltenden Recht nicht davor.

Dies wiederum führt zu Gehaltskürzungen, dem Entzug von Honoraren und der Streichung von Reisen, ohne die die Entwicklung von Qualitätsmedien nicht möglich ist, und letztendlich zu Entlassungen und der Schließung von Medienprojekten.

In vielen Fällen, so stellt das Zentrum zum Schutz der Medienrechte fest, „mussten die Organisationen notgedrungen auf neue Finanzierungsmodelle umsteigen“. Dies war zum Beispiel bei Meduza der Fall, nachdem sie ihren Status erhalten hatte. Während sich die Medien vor ihrer Aufnahme in das Register hauptsächlich durch Werbung und Partnermaterialien finanzierten, müssen sie jetzt von Leserspenden leben. Im April 2021 schrieben die Redakteure von Meduza: „Man will Meduza zerstören. Das russische Justizministerium erklärte uns zu einem „ausländischen Agenten“. Dadurch haben wir Werbekunden verloren. Das bedeutet, dass uns das Geld ausgeht. Und zwar genau jetzt. <...> Wir haben immer geglaubt, dass wir ein Medium aufbauen können, das mit Werbung Geld verdient und für die Leser kostenlos arbeitet. <...> Und wir haben dieses Medium aufgebaut. Wir haben sechs Jahre gebraucht, um dies zu erreichen. Die russischen Behörden haben unser Geschäft an einem Tag zerstört.“ Im Mai kündigte das Unternehmen an, dass es auf eine Crowdfunding-Kampagne umsteigt, nachdem es seine Ausgaben gesenkt und unter anderem die Gehälter seiner Mitarbeiter um 20–30 % gekürzt hatte: „Wenige Tage nachdem das Justizministerium Meduza zum „ausländischen Agenten“ erklärt hatte, starteten wir eine Crowdfunding-Kampagne. Wir wurden von fast 80.000 Menschen unterstützt.

Gemeinsam haben wir ein Wunder vollbracht. Nur dank Euch arbeitet Meduza weiter – und das, obwohl die Behörden uns praktisch unsere gesamten Einnahmen entzogen haben...“.

Schließlich führt die **Aufnahme einer bestimmten Person – eines Journalisten oder Bloggers – in das Register der „ausländischen Agenten“ oder die Arbeit als festangestellter Redakteur eines „ausländischen Agenten“ unweigerlich zu schweren psychologischen Schäden, persönlichen Risiken** und fast immer zu dramatischen Einschnitten im täglichen Leben.

Unter Journalisten wird häufig darüber gesprochen, dass die ständige Angst vor einer Geldstrafe wegen Verstoßes gegen die Regeln für die Kennzeichnung von Beiträgen mit einem Agenten-„Etikett“ oft zu Selbstzensur führt. Die Journalisten geben zu, dass sie, seit sie den Feindstatus erlangt haben, weniger (oder gar nicht mehr) in ihren eigenen sozialen Medien schreiben und ständig darüber nachdenken, wie sich ihre berufliche Arbeit auf die Ausweitung ihrer Belastungen und Verpflichtungen als ausländische Agenten auswirken wird. So wird jede Veröffentlichung zu zusätz-

lichem Stress, Nervosität und führt letztlich oft zur Enttäuschung über den eigenen Beruf.

Journalisten, die in der Provinz, insbesondere in Kleinstädten, arbeiten, beklagen sich über die Entfremdung von Nachbarn und generell über jeden Kontakt in ihrer unmittelbaren Umgebung, manchmal auch darüber, dass ihre Kinder in der Schule gemobbt werden.

Zusätzliches psychologisches Unbehagen und ständigen Stress bereitet dem ausländischen Agenten die aufdringliche Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden und Geheimdienste. Viele Journalisten stellen fest, dass ihre Wohnungen ständig überwacht werden, dass sie auf der Straße verfolgt werden, dass ihre Computer und Telefone gehackt wurden, dass sie nun viel Zeit und Mühe aufwenden müssen, um ihre digitale Sicherheit zu verbessern – indem sie ihre Korrespondenz und ihre Datenspeicherung verschlüsseln –, dass sie ständig befürchten müssen, bei jeder Kommunikation abgehört und bei jeder Ortsveränderung durchsucht und kontrolliert zu werden. Die Ängste und der Stress der „ausländischen Agenten“ werden auch durch die Aufmerksamkeit der Geheimdienste verstärkt, die von dem Moment an zunimmt, in dem sie ihren Status erhalten.

Insgesamt können wir feststellen, dass die Entwicklung der Institution der ausländischen Agenten in Russland im Laufe der Jahre 2012-2022 zur Schaffung einer ganzen staatlichen Industrie des Terrors und der Gewalt – moralisch, wirtschaftlich und letztlich politisch – gegen die Medien und die gesamte journalistische Gemeinschaft geführt hat. Das Ausmaß dieses Drucks und die Geschwindigkeit des Wachstums der Berufsgruppe, die den direkten Schlag der staatlichen Unterdrückungsmaschinerie erfahren hat, ist auch aus den trockenen Statistiken ersichtlich.

Mit dem Stand zum Anfang September 2022 gibt es in Russland:

- 129 Einzelpersonen, die als ausländische Medien-Agenten anerkannt sind (seit Dezember 2020)
- 50 juristische Personen, die als ausländische Medien-Agenten anerkannt sind (seit Dezember 2017)
- 19 Personen, die als ausländische Agenten anerkannt sind (seit April 2022), darunter 6 Journalisten.

4. Die Zeit nach Beginn der russischen Aggression in der Ukraine: Einführung und Entwicklung der militärischen Zensur und Strafverfolgung

Neben den repressiven Maßnahmen im Zusammenhang mit der Schaffung und Ausweitung der Institution der „ausländischen Agenten“ in Russland wandte der Staat des ausgereiften Putin-Totalitarismus auch besonders aggressive Einschüchterungsmaßnahmen gegenüber der Mediensphäre und der journalistischen Gemeinschaft durch den Einsatz von Strafgesetzen an. Hier erschienen im Zusammenhang mit der Einführung des Status einer „unerwünschten Organisation“ Gesetzesartikel, die sich speziell an öffentliche Einrichtungen und die Medien richteten.

Seit 2015, als diese Neuerung in die russische Strafgesetzgebung aufgenommen wurde, sind in Russland insgesamt 55 verschiedene Organisationen, Vereinigungen, Stiftungen und Unternehmen als „unerwünscht“ eingestuft worden (fast die Hälfte von ihnen wurde inzwischen liquidiert und damit von der Liste gestrichen).

Sechs dieser Organisationen haben auf die eine oder andere Weise mit dem Medienbereich zu tun: In erster Linie sind hier die bekannten und beliebten Projekte für investigativen Journalismus – „Vazhnye istorii“ und „Project.Media“ – zu nennen, die auf einem hohen professionellen Niveau im Bereich des investigativen Qualitätsjournalismus arbeiten. Darüber hinaus gibt es zwei Medienprojekte, die zu Michail Chodorkowskis zivilgesellschaftlicher Projektgruppe „Offenes Russland“ gehören: „Offene Medien“ und „MBH-Media“.

Darüber hinaus wurde in dieser Zeit ein bekanntes, hochprofessionelles und beliebtes Medienunternehmen zur **„extremistischen Organisation“** erklärt – sozusagen ein noch höheres Stigma, eine noch schwerere Kriminalitätsanklage: Bei dieser Organisation handelte es sich um die von Alexej Nawalny und seinen Mitarbeitern gegründete Stiftung für Korruptionsbekämpfung FBK. Im Laufe der Jahre hat sich die Antikorruptionsstiftung einen Ruf als außergewöhnlich hochwertiges investigatives Medium erarbeitet, dessen Veröffentlichungen (Texte und Videos) ein großes Publikum anziehen und eine beispiellos breite Resonanz finden. Die durch das Strafgesetzbuch auferlegte Regelung für „unerwünschte“ und „extremistische“ Organisationen unterscheidet sich von den Anforderungen und Beschränkungen, die auf den Status eines „ausländischen Agenten“ auferlegt werden, insofern, als die direkte Beteiligung an ihrer Arbeit, die finanzielle, organisatorische oder informationelle Unterstützung dieser Organisationen und generell jegliche Form der Zusammenarbeit und der Kontakte mit ihnen als solche strafrechtlich verfolgt werden können. So soll eine „unerwünschte Organisation“ – einschließlich der Medienredaktion – in ein vollständiges soziales Vakuum gestürzt werden, so dass jeder, der mit ihr zu tun hat, als schädlich für jegliche Interaktion gilt.

Medien, die in Russland als unerwünscht, geschweige denn als extremistisch gelten, wurden gezwungen, ihre Arbeit sofort einzustellen.

Zahlreiche Redaktionen verschiedener Websites, Agenturen, Nachrichtengruppen und anderer Medien erhielten Aufforderungen der Staatsanwaltschaft der Russischen Föderation und des Roskomnadsors, selbst Hinweise auf die Veröffentlichungen dieser Organisationen zu entfernen und die Wiederveröffentlichungen und Zusammenfassungen ihrer Ermittlungen aus ihren Archiven zu entfernen. Andernfalls hätten diese Medien gesperrt und ihre Leiter strafrechtlich verfolgt werden müssen.

Diesen Forderungen wurde umgehend entsprochen, und die Veröffentlichungen von „Vazhnye istorii“, „Project.Media“, FBK und den beiden Medienprojekten von „Offenes Russland“ sind jetzt für russische Leser nur noch über VPN zugänglich, da es keine Kopien oder Zusammenfassungen auf russischen Ressourcen mehr gibt.

„Vazhnye istorii“ und „Project.Media“ nahmen jedoch ihre journalistische Tätigkeit wieder auf und weiteten darüber hinaus ihre „Produktion“ investigativer Veröffentlichungen erheblich aus, unmittelbar nachdem ihre vollständigen Redaktionen Russland verlassen und sich – dezentral – in Georgien, Litauen, Deutschland und den Vereinigten Staaten niedergelassen hatten. Die Medienaktivität von FBK hat ebenfalls stark zugenommen, wenn auch unter einem anderen Namen, mit der Gründung eines Konglomerats von YouTube-Kanälen und Nachrichtenportalen.

Der Druck auf die Medien durch das System der Strafverfolgung nahm jedoch nach dem Beginn der Aggression der russischen Armee gegen die Ukraine – gleich zu Beginn des März 2022 – seine umfassendste und heftigste Form an. In dieser Zeit, die auch während der militärischen Invasion in der Ukraine anhält, wurden äußerst repressive Gesetze verabschiedet, die die Grundlage für eine umfassende Militärzensur in der Russischen Föderation bilden.

Man beachte, dass all diese Zensurbeschränkungen nach wie vor eklatant verfassungswidrig sind: Der Text der russischen Verfassung bleibt auch nach der Einführung eines riesigen Pakets von Änderungen im Anschluss an die barbarische betrügerische „Volksabstimmung“ von 2020 auch im Artikel 29 völlig unangetastet. Es heißt dort:

- „1. Jedem wird die Freiheit des Gedankens und des Wortes garantiert.*
- 2. Unzulässig sind Propaganda oder Agitation, die sozialen, rassistischen, nationalen oder religiösen Hass und Feindschaft entfachen. Verboten ist die Propaganda sozialer, rassistischer, nationaler, religiöser oder sprachlicher Überlegenheit.*
- 3. Niemand darf gezwungen werden, seine Meinungen und Überzeugungen zu äußern oder sich von ihnen loszusagen.*
- 4. Jeder ist berechtigt, auf beliebige gesetzliche Weise Informationen frei zu beschaffen, entgegenzunehmen, weiterzugeben, zu erzeugen und zu verbreiten. Ein Verzeichnis von Nachrichten, die ein Staatsgeheimnis darstellen, wird durch föderales Gesetz bestimmt.*
- 5. Die Freiheit der MasseninFORMATION wird garantiert. Zensur ist verboten.“*

Dennoch verlangen die Behörden in Russland und die gesamte Hierarchie der staatlichen Verwaltung – vom Kreml bis zu den regionalen und kommunalen Be-

hörden –, dass die gesamte russische Gesellschaft und damit auch die Medien der einzig zulässigen offiziellen Interpretation der Ereignisse folgen: Russland hat keinen Krieg begonnen, sondern eine „spezielle Militäroperation“ gestartet; ihre Ziele sind „Schutz der Bevölkerung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine“ und „Befreiung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk von der Macht des Kiewer Regimes“; und natürlich greift die russische Armee keine Zivilisten an, zerstört keine zivilen Objekte und verletzt nicht das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte in der Ukraine.

Um diesen Konsens zwangsweise und bedingungslos durchzusetzen, wurden bereits am 4. März 2022 Gesetzesentwürfe in die Staatsduma eingebracht (sie wurden sofort in allen Lesungen von beiden Häusern der Föderationsversammlung angenommen und vom Präsidenten unterzeichnet), mit denen neue Artikel in das Gesetzbuch über Ordnungswidrigkeiten und das Strafgesetzbuch Russlands aufgenommen wurden.

Diese neuen Bestimmungen untersagten „öffentliche Aufrufe, die darauf abzielen, den Einsatz der russischen Streitkräfte zum Schutz der Interessen der Russischen Föderation und ihrer Bürger und zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu diskreditieren, öffentliche Aktionen, die darauf abzielen, den Einsatz der russischen Streitkräfte zu behindern“, sowie die öffentliche Verbreitung „wissentlich falscher Informationen, die als wahrheitsgemäße Nachrichten getarnt sind und Angaben über den Einsatz der Streitkräfte der Russischen Föderation zum Schutz der Interessen der Russischen Föderation und ihrer Bürger und zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit enthalten“.

Drei Wochen später kam ein neues Verbot hinzu, diesmal für die „Diskreditierung der Handlungen von Behörden der Russischen Föderation im Ausland“ oder „öffentliche Aufrufe“ dazu.

Verstöße gegen diese Verbote werden zunächst mit hohen Geldstrafen geahndet (das Höchstmaß beträgt den Rubel-Gegenwert von fast 25.000 Euro) und bei wiederholten Verstößen mit Zwangsarbeit oder Gefängnis: in einigen Fällen mit bis zu drei Jahren, in anderen mit bis zu 15 Jahren, was deutlich höher ist als die Strafen, die das russische Strafrecht für schwere Gewaltverbrechen wie Raub, Vergewaltigung, Verstümmelung und Mord vorsieht.

In den letzten sechs Monaten hat sich bereits eine umfangreiche Praxis der gerichtlichen Durchsetzung dieser Strafmaßnahmen herausgebildet, so dass in Russland ein Regime der Militärzensur entstanden ist. In einem seiner Expertenvermerke weist das Zentrum zum Schutz der Medienrechte darauf hin, dass bisher in ganz Russland mehr als 2.800 Verfahren wegen administrativer Verstöße gegen die „Diskreditierung der Armee“ oder die „Verbreitung falscher Informationen“ über die „Sonderoperation in der Ukraine“ abgeschlossen und anhängig sind, wobei sich der Gesamtwert der verhängten Geldstrafen auf fast 600.000 Euro beläuft.

Nach Angaben von RoskomSvoboda sind in Russland bereits mehr als 70 Personen wegen der „Verbreitung falscher Informationen“ über die russische Aggression in der Ukraine strafrechtlich verurteilt worden.

Nachdem sich der Gründer und Leiter des Conflict Intelligence Team, **Ruslan Lewew**, in Youtube-Videos mehrfach zu aktuellen militärischen Themen geäußert hatte und dabei von dem unabhängigen Journalisten und Blogger **Michael Naqi** interviewt wurde, wurden beide strafrechtlich verfolgt und auf eine internationale Fahndungsliste gesetzt. Ihre Untersuchungshaft wurde von einem Moskauer Gericht in Abwesenheit verhängt.

Die Bankkonten des Schriftstellers **Dmitrij Gluchowskij** und des Investigativjournalisten **Andrej Soldatow** wurden gesperrt, nachdem sie beschuldigt worden waren, Aussagen über militärische Analysen und ihren politischen Hintergrund gemacht zu haben.

In Moskau wurde **Alexej Gorinow**, Mitglied des Gemeinderats des Bezirks Krasnoselskij, wegen Diskreditierung der Streitkräfte angeklagt, weil er auf einer Gemeinderatssitzung die Meinung geäußert hatte, dass keine Kinderfeste und Festivals in Kriegszeiten, in denen unter den Bombenangriffen der russischen Armee Kinder sterben, organisiert werden sollten. Am 8. Juli 2022 wurde er als erster Angeklagter vom Gericht in einem kontradiktorischen Verfahren verurteilt. Das Bezirksgericht Meschtschanskij von Moskau befand ihn für schuldig und verurteilte ihn zu einer siebenjährigen Haftstrafe. Das Gericht erachtete die von dem Abgeordneten verbreiteten Informationen über den Krieg und den Tod von Kindern in diesem Krieg als „falsch“.

Diese Verurteilung zu einer realen Freiheitsstrafe war die erste, die gemäß Art. 207 Abs. 3 des Strafgesetzbuchs der RF verhängt wurde.

Die Einführung von Gesetzen in das Strafgesetzbuch, die eine militärische Zensur unter Androhung hoher Geld- und Gefängnisstrafen vorschreiben, führte dazu, dass die Arbeit verschiedener Medien ganz oder teilweise eingestellt wurde. Einzelne Journalisten und ganze Redaktionen erklärten, es sei unmöglich, die normale Arbeit mit all den Zensurbeschränkungen zu vereinbaren. Dies teilten unter anderem das in Jekaterinburg ansässige Internet-Portal **Znak.com**, das Studentenmagazin **DOXA** und der Tomsker Regionalfernsehsender **TV-2** mit.

The Village und **Bloomberg** kündigten die Schließung ihrer russischen Standorte an. **The Bell** beschloss, die Berichterstattung über die Militäroperation ganz einzustellen und sich auf die wirtschaftlichen Folgen zu beschränken. **Nowaja Gaseta**, **Republic**, **Taiga.info**, **Kolta** und die im Ural ansässige Online-Publikation **It's My City** haben ebenfalls beschlossen, ihre Redaktionspolitik anzupassen.

Radio Liberty hat seine Aktivitäten in Russland eingestellt, da gegen das russische Büro ein Konkursverfahren von dem Föderalen Steuerdienst eingeleitet wurde und den Journalisten wegen ihrer Berichterstattung über die russische Invasion eine strafrechtliche Verfolgung angedroht wurde.

Die Situation bei der Anwendung von Zensurartikeln wird noch dadurch erschwert, dass ihr Wortlaut nicht eindeutig ist und die Grenzen ihrer Anwendung unklar sind. Dies ist ein typisches Merkmal der repressiven Gesetzgebung, die in den letzten Jahren in Russland verabschiedet wurde, und alles deutet darauf hin, dass dies eine bewusste Taktik der Staatsduma und vor allem der Präsidialverwaltung ist, die sowohl die Tätigkeit der Abgeordneten als auch den gesamten Mechanismus zur

Verabschiedung neuer Gesetze streng kontrolliert. Die willkürliche Durchsetzung der Zensurartikel des Verwaltungs- und des Strafgesetzbuchs führt beispielsweise dazu, dass die Verfasser öffentlicher Äußerungen zum Krieg nicht im Voraus wissen, ob sie nach Verwaltungs- oder Strafrechtsartikeln angeklagt werden. Dadurch wird der Fluss alternativer Informationen weiter eingeschränkt, die dem ständigen Propagandadruck der staatlichen Fernsehsender entgegenwirken. Gleichzeitig wird die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung selbst in sozialen Medien oder Gruppenchats eingeschränkt, wo sich viele Teilnehmer gezwungen sehen, „offiziellen Informationen der russischen Behörden“ zu folgen.

Von entscheidender Bedeutung ist auch, dass die Strafverfolgungsbehörden, die diese Zensurartikel anwenden, um Journalisten anzuklagen, in der Praxis ein **Verständnis von „wahrer Information“ durchsetzen, das nicht etwa objektiven Daten, sondern dem Inhalt offizieller Briefings**, Erklärungen und Reden auf offiziellen Kanälen von Regierungsbeamten, Sprechern der Armee und des Verteidigungsministeriums **entspricht**. Mit anderen Worten: Das Kriterium für die „Wahrheit“ und „Falschheit“ einer öffentlich gemeldeten Information ist nicht, ob sie der Realität entspricht, sondern ob sie mit den Aussagen der Beamten übereinstimmt. Diese absurde, spöttische Logik hat sich wiederholt in den Schlussfolgerungen offizieller Gutachten gezeigt, auf die sich die Staatsanwälte bei der Erstellung der Anklageschriften und dann die Gerichte bei ihren Entscheidungen stützen. Solche Anklagepunkte erscheinen wortwörtlich in den Gerichtsentscheidungen über die Verhängung von Geld- oder Gefängnisstrafen gemäß Zensurartikeln.

Diese Maßnahmen haben zur Folge, dass jegliche abweichende Meinung und alternative Informationen über den bewaffneten Konflikt in der Ukraine unterdrückt werden. Diese Bestimmungen wurden wenige Tage nach Beginn des bewaffneten Konflikts in aller Eile zu genau diesem Zweck verabschiedet. Die Verhängung hoher Geldstrafen (die für die meisten Russen weit über einem Monatsgehalt liegen) für die Meinungsäußerung über die Tätigkeit staatlicher Behörden oder staatlicher Institutionen oder Freiheitsstrafen von bis zu 15 Jahren für die Verbreitung von Informationen und Daten, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, ist eindeutig unangemessen.

5. Die Überlebenserfahrung der unabhängigen russischen Medien unter der Diktatur der „Kreml-Krieger“

Mit der Entwicklung der Institution der „ausländischen Agenten“ zu einem umfassenden System, das in der Lage ist, die staatliche Verfolgung auf praktisch jeden Bürger oder jede Redaktion auszuweiten – es bedarf nur des Willens der Strafverfolgungsbehörden – ist jeder Tag, an dem ein unabhängiger Journalist in Russland arbeitet, mit dem unmittelbaren Risiko von Repressalien verbunden. Es gibt keine zuverlässige Verhaltensstrategie, die sicherstellt, dass es keine Agenten-Anschuldigungen gibt. Die einzige Möglichkeit besteht darin, die berufliche Tätigkeit einzustellen, zu schweigen und jegliche Äußerungen in sozialen Netzwerken zu unterlassen. Das heißt, völlig aus dem Berufsleben und dem zivilgesellschaftlichen Engagement zu verschwinden.

Die Einrichtung eines militärischen Zensurregimes, einschließlich der Einführung verwaltungsrechtlicher und später strafrechtlicher Sanktionen für Äußerungen, die nicht der offiziellen Propagandalinie entsprechen, macht die Gefahr von Repressalien umso größer und gefährlicher.

All dies geschieht in Ermangelung einer funktionierenden Schiedsgerichtsbarkeit:

Es gibt in Russland praktisch kein Gericht, bei dem ein Bürger – auch ein Journalist, der unter Druck geraten ist – seine Verteidigung beantragen und versuchen könnte, seine Aufnahme in das Register der ausländischen Agenten oder den Vorwurf der „Diskreditierung der Streitkräfte“ anzufechten. Auf Menschenrechtsfälle spezialisierte Anwälte erklären einhellig, dass Versuche, gegen solche Anschuldigungen der Behörden vorzugehen, indem sie z. B. das Fehlen ausländischer Gelder, die Absurdität des Verdachts auf „Arbeit für einen ausländischen Auftraggeber“ usw. nachweisen, völlig aussichtslos sind. Die Gerichte interessieren sich nicht für die tatsächlichen Umstände des Falles und die Argumente der Angeklagten, sondern führen nur einen politischen Repressionsbefehl aus. Bisher gab es keinen einzigen (wirklich keinen einzigen!) Fall, in dem die Vorwürfe zum Status eines ausländischen Agenten erfolgreich entkräftet wurden, obwohl die Zahl der Versuche, die Vorwürfe zu entkräften, in den fast vier Jahren, seit sich die Praxis der Status-Vergabe an Medien und Journalisten verbreitet hat, in die Hunderte geht.

Unter diesen Umständen verlassen Journalisten – und ganze Medienredaktionen – das Land und versuchen, im Ausland weiterzuarbeiten. Es gibt immer weniger Medien in Russland, die tatsächlich unabhängig von staatlicher Kontrolle tätig sind, aber es gibt sie dennoch.

Dabei ist es wichtig zu wissen, dass der **Anteil der Medien, die weiterhin Medienprodukte im traditionellen Papierformat produzieren, absolut unbedeutend ist.** Veröffentlichungen in Papierform haben eine geringe Auflage und werden fast nicht verbreitet.

Man könnte sagen, dass ihr Fortbestehen symbolisch ist und eher davon zeugt, dass die Eigentümer – dieselben der Macht nahestehenden Oligarchen, die einst

die Last der Finanzierung und Kontrolle auf direkten Befehl des Kremls auf sich nahmen – immer noch die Verpflichtungen aufrechterhalten, die ihnen damals auferlegt wurden. Dies gilt auch für die einst einflussreichen Zeitungen „Kommersant“ und „Wedomosti“, das Magazin „Forbes“ u.a. Der Grad ihrer Unabhängigkeit und Meinungsfreiheit ist so instabil und schwach, dass es nicht mehr möglich ist, sie als vollwertige nichtstaatliche Medien zu betrachten (der Begriff „unabhängig“ ist hier erst recht unzutreffend).

Fast alle unabhängigen Medienprojekte, die in Russland weiterhin tätig sind und im Internet in Form von unabhängigen Websites und verschiedenen Social-Media-Kanälen und -Konten operieren, sind gezwungen, **mit der Blockierung ihrer Hauptwebseiten zu existieren**. Die Staatsanwaltschaft und Roskomnadzor haben die Befugnis, auch hier außergerichtlich, praktisch ohne Vorwarnung und gegebenenfalls auf unbestimmte Zeit Webseiten zu sperren. In Wirklichkeit kann jede einzelne Veröffentlichung oder eine ganze Webseite im russischen Internet nach dem alleinigen Ermessen eines Beamten aus diesen beiden Behörden für russische Nutzer unzugänglich gemacht werden.

Das föderale Gesetz „Über Information, Informationstechnologien und Informationsschutz“, das 2006 verabschiedet und seitdem dutzende Male erweitert und geändert wurde, sieht in seiner Fassung vom Juli 2022 mehr als zwei Dutzend verschiedene Gründe für ein Verbot von Online-Veröffentlichungen vor, darunter das Recht des Generalstaatsanwalts und seiner Stellvertreter, die sofortige und außergerichtliche Sperrung von Aufrufen zu Massenunruhen, nicht genehmigten öffentlichen Aktionen, Extremismus, Materialien unerwünschter Organisationen sowie unwahren und unzuverlässigen Informationen zu verlangen.

Nach Angaben von RoskomSvoboda wurden in Russland seit 2012 auf Ersuchen der Generalstaatsanwaltschaft fast 1.200 Internetressourcen und insgesamt mehr als 160.000 Webseiten vollständig gesperrt. Seit Beginn der militärischen Invasion in der Ukraine wurden weitere 5.300 Webseiten gesperrt.

Dennoch **arbeiten viele unabhängige Medien in Russland weiter und verlassen sich auf ein Publikum, das in der Lage ist, VPNs, spezielle Arten von Internet-Browsern und andere technische Hilfsmittel zu nutzen, um die Sperren zu umgehen**. Die meisten dieser Ressourcen sind regional und lokal angesiedelt: das **Online-Magazin „People of Baikal“ (Irkutsk), „Yuga.ru“ (Krasnodar), „Taiga.info“ (Nowosibirsk), „It’s My City“ (Jekaterinburg), „Novyj Kaliningrad“ (Kaliningrad), „7x7. Horizontales Russland“ (Syktywkar), „Bumaga“ (St. Petersburg), „Kavkazsky uzel“ (Makhachkala), „Takie dela“ und „Sobesednik“ (Moskau)** und dutzende andere.

Dennoch arbeiten jetzt viele große, unabhängige Qualitätsmedien, die die Autorität und das Vertrauen des Publikums genießen, im Exil. Die Arbeit der Redaktionen ist entweder dezentral, d. h. jeder Journalist, Redakteur, Designer usw. arbeitet remote, oder auf der Grundlage eines einzelnen Redaktionsbüros organisiert.

Dazu gehören die bereits erwähnten investigativen Medien, die in Russland vollständig verboten und für „unerwünscht“ erklärt wurden – **„Vazhnye istorii“ und „Project. Media“** (letzteres hat kürzlich auch eine spezielle Informations-App „Agentstvo“ eingerichtet). Zur gleichen Kategorie unabhängiger Medien, die sich an ein russischsprachiges Publikum aus dem Ausland wenden, gehören – neben der ursprünglich

in Lettland organisierten und gegründeten „**Meduza**“ – vor allem „**Mediazona**“, „**Cholod**“, „**Republic**“, „**Nowaja Gaseta. Europa**“, „**The Insider**“, der Fernsehsender „**Dozhd**“ und andere.

Das Angebot an Projekten in verschiedenen Formen und Systemen der Partnerschaft mit den großen internationalen Medienkonzernen wird weiterentwickelt und ausgebaut. „**Radio Liberty**“ unterstützt ein Konglomerat von Publikationen, die sich auf das regionale politische und öffentliche Leben konzentrieren: „**Sewer. Realii**“, „**Kavkaz. Realii**“, „**Idel. Realii**“ und andere, sowie ein großer Fernsehsender „**Present Time**“, der mit „**Voice of America**“ zusammenarbeitet. In diesem Zusammenhang sollte auch **der russische Dienst der BBC** erwähnt werden, der sich in den letzten Jahren zu einem sehr beliebten und einflussreichen Medienunternehmen entwickelt hat, das auf dem Gebiet der Berichterstattung und der Recherche auf höchstem Niveau tätig ist. Die **Deutsche Welle** baut aktiv ein System von Publikationen und Videos in russischer Sprache auf, und im **Axel-Springer-Verlag** werden erhebliche Anstrengungen unternommen, russischsprachige Angebote auf YouTube und in sozialen Netzwerken (vor allem Facebook und Telegram) zu entwickeln – hier werden Informationskanäle unter der gemeinsamen Marke „**Bild auf Russisch**“ aufgebaut.

Soziale Netzwerke und Blog-Aggregatoren sind für russische Medien, die außerhalb des Landes tätig sind, zu den wichtigsten Bereichen ihrer Medienarbeit geworden.

An erster Stelle ist die Rolle von YouTube zu nennen. Als sich der staatliche Druck auf die Medien und die journalistische Gemeinschaft im Allgemeinen verschärfte – insbesondere nachdem die Repressionsmaschine für ausländische Agenten im Jahr 2021 in vollem Gange war – erlebte das russische Segment von YouTube einen regelrechten Boom: Hunderte von persönlichen oder Gruppen-Videokanälen begannen dort zu operieren, und das Gesamtvolumen der angebotenen Inhalte, Anzahl der Aufrufe, Kommentare und das Publikumsvolumen, einschließlich eines Stammpublikums, das regelmäßige Updates derselben Kanäle abonniert, nahmen rapide zu.

Natürlich ist dieser Boom nicht einfach aus dem Nichts entstanden. Mehrere Jahre lang war YouTube die Plattform für die dynamischste und vielfältigste Entwicklung unabhängiger Medien, die eine echte Alternative zu den staatlichen Propagandasendern darstellten und ihnen einen beträchtlichen Teil der Zuschauer abnahmen. YouTube-Videoinhalte – vor allem ausführliche Interviews, Berichte, Kommentare und Expertendiskussionen auf den Kanälen von **Juri Dud („Vdud“)**, **Alexei Piwowarow („Redakzija“)**, **Irina Schichman („A pogovorit“)**, **Ilja Warlamow („Varlamov“)**, **Jekaterina Gordejewa („Skazhi Gordeevoy“)**, **Maxim Katz („Kanal Katza“)**, **Michael Nacke („Nacke“)** – gewannen nach und nach Millionen von Abonnenten und generierten regelmäßig, scheinbar ohne großen Aufwand, mehrere zehn Millionen Views.

Eine besondere Rolle bei der Entwicklung eines spezifischen Medienumfelds, das auf hochwertigen russischsprachigen Videoinhalten aufbaut, kommt Alexej Nawalny und seinen Kollegen bei den Ermittlungen der FBK zu. Der **Nawalny-Kanal** und seine zahlreichen Zweigstellen, Abwandlungen und befreundeten Unterprojekte sind seit Mitte 2015 aktiv und haben mehrere höchst informative und bahnbrechende Videountersuchungen über die Korruption in den höchsten Rängen der russischen Macht veröffentlicht. Ihre Protagonisten waren schließlich der stellvertretende Ministerpräsident Schuwalow, Generalstaatsanwalt Tschajka und Ministerpräsident Medwedew. Höhepunkt der umfangreichen Ermittlungsreihe waren die berühmten Filme über

die politische Attentatseinheit im Dienste des Kremls, die unter anderem den Vergiftungsversuch an Alexej Nawalny selbst mit dem Militärgift Nowitschok organisierte, und über Putins Palast in Gelendschik.

Es überrascht nicht, dass mit dem Beginn der militärischen Aggression Russlands in der Ukraine ausgerechnet Nawalnys Team von Mitarbeitern der scheinbar ruinierten und aus Russland verdrängten FBK eine der ersten journalistischen Gruppen war, die mehrere sehr effektive und populäre Informations- und Analyseprojekte auf YouTube einrichtete. „**Popularnaya politika**“, „**Chestnoe slovo**“, „**Nawalny Live**“ und mehrere persönliche YouTube-Kanäle von Mitarbeitern des Nawalny-Teams haben in kürzester Zeit ein Publikum von insgesamt über 5 Millionen Abonnenten erreicht (nicht mitgezählt der allererste, ursprüngliche Videokanal „Nawalny“, der allein schon fast 6,4 Millionen Abonnenten hat).

Generell hat die Rolle von YouTube als Kommunikationskanal für den unabhängigen russischen Journalismus mit seinem gesamten potenziellen Publikum seit der Corona-Virus-Epidemie von 2020, als ein erheblicher Teil des Publikums unter Quarantäne gestellt wurde, stark zugenommen. In der Zeit der aktiven Unterdrückung, der Schließung von Medien und der Sperrung unabhängiger Medien-Webseiten nahm diese Rolle noch weiter zu: Immer mehr Journalisten kommunizierten mit ihren Zuschauern, Zuhörern und Lesern über Video-Blogs.

Mit dem Ausbruch des Krieges wurde deutlich, dass YouTube fast eine Monopollstellung innehat und im Wesentlichen einen großen Teil der Medienkommunikation der unabhängigen russischen Journalisten und ihres Publikums kontrolliert. Es bestand die Gefahr, dass diese Verbindung unterbrochen sein könnte, wenn die russischen Behörden eine vollständige Sperrung von YouTube in ganz Russland vornehmen würden. Dies ist jedoch nicht geschehen.

Es ist wahrscheinlich einen Versuch wert zu verstehen, warum das russische Regime das YouTube nicht gesperrt hat. Keine Ermittlungen konnten dies bislang mit Sicherheit herausfinden, aber es gibt einige plausible Vermutungen über die Logik hinter dieser Entscheidung (oder vielmehr deren Fehlen).

Eine Rolle spielten vermutlich Beobachtungen darüber, wie der Großteil der Internetnutzer auf lokale oder vorübergehende Sperrungen anderer sozialer Netzwerke (Twitter, Instagram, Facebook) in den letzten drei Jahren reagierte: Dies führte schließlich zu einem **starken Anstieg des Anteils der Internetnutzer, die VPNs und andere Tools zur Umgehung von Sperrungen verwenden**. So ist beispielsweise bekannt, dass die Zahl der Facebook-Nutzer in Russland (die normalerweise nicht sehr hoch ist; sie liegt seit Jahren bei etwa 8,5 Millionen) seit den Sperrversuchen und Ankündigungen kaum zurückgegangen ist. Im Falle von YouTube könnte dieser Effekt sogar noch stärker sein: Die große Zahl aktiver Nutzer dieses Videonetzwerks sucht dort tatsächlich nach Inhalten, die weit entfernt von politischen oder auch nur nachrichtenrelevanten Inhalten sind. Zeichentrickfilme für Kinder, Kochrezepte, reine Unterhaltung, Sightseeing, Musik, Spiele und Sportvideos werden millionenfach angesehen und machen den überwältigenden Anteil des Videoverkehrs in Russland aus. Die Sperrung des Zugangs zu diesen vertrauten „Unterhaltung“-Inhalten könnte sowohl zu akuter Unzufriedenheit bei der großen Masse der Nutzer führen, die in der Regel völlig loyal gegenüber den Behörden sind, als auch zu einer explosionsartigen Zunahme der Beliebtheit von VPNs. Es scheint, dass die russischen Behörden sich

davor scheuten, der Öffentlichkeit eine so umfassende Schulung in der Blockierung von Umgehungssystemen zu geben.

Der zweite Grund dürfte darin liegen, dass **die staatstreuen Medien immer noch versuchen, YouTube selbst zu nutzen, um ihre Propagandainhalte zu verbreiten.** YouTube wurde in den letzten Jahren als staatlich kontrollierter Kanal bezeichnet, und die abscheulichsten und trügerischsten Kanäle – insbesondere diejenigen, die direkt zu Russia Today und Sputnik gehören – wurden sogar von der Verwaltung des Netzwerks gesperrt. Der Fluss der Propaganda wird jedoch in neu organisierten Kanälen wiederaufgenommen. Die Behörden versuchen so, ihren Einfluss auf den Teil des Publikums aufrechtzuerhalten, den sie über die traditionellen Fernsehkanäle nicht erreichen können. Darüber hinaus ist klar, dass die Leiter staatlicher Propagandasysteme – wie Russia Today – geschickt darin sind, „große Erfolge“ bei der Entwicklung ihres YouTube-Publikums vorzutäuschen, die Zahlen mit Bots künstlich aufzublähen, Inhalte durch Werbung auf Pornoseiten zu kaufen und oft einfach die Berichterstattung zu fälschen (all dies wurde vor zwei Jahren vom Nawalny-Team hervorragend untersucht). All diese Informationen wurden bisher erfolgreich an die politische Führung bis hin zur Kreml-Administration „verkauft“: Im Gegenzug für die Erfolgsmeldungen folgten umfangreiche Mittel für Propagandaaktivitäten aus dem Staatshaushalt. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die korrupte russische Propaganda-Elite diese Methode, Geld aus der Staatskasse in die eigene Tasche zu schaufeln, einfach nicht aufgeben wollte.

Wie dem auch sei, zu Beginn des Krieges gegen die Ukraine wurde YouTube in Russland nicht blockiert und blieb das beliebteste soziale Mediennetzwerk im Lande.

Unmittelbar vor dem Beginn der Invasion und im ersten Monat nach dem 24. Februar schoss die Anzahl der Aufrufe, der Abonnements und anderer Indikatoren für das Zuschaueraufkommen unabhängiger politischer YouTube-Kanäle in die Höhe. Es schien, als ob die endlosen Rotationen der gleichen Moderatoren und Experten, die über militärische Ereignisse und die Einzelheiten des politischen Umfelds, das den Hintergrund für die Kämpfe in der Ukraine bildet, diskutierten, sich eines fast grenzenlosen Interesses erfreuten. Es entstand die Illusion, dass sich das Publikum für diesen Videostream aktiv erweitern und die Zahl der Zuschauer kontinuierlich steigen würde.

Der Effekt des gestiegenen Interesses an Diskussionen, Kommentaren, Prognosen und Debatten über den Krieg und seinen politischen Hintergrund war jedoch nur von kurzer Dauer. Mitte April stellten die meisten Autoren der YouTube-Kanäle fest, dass sich das Wachstum der Zuschauerzahlen verlangsamt hatte und bald ganz zum Stillstand kam. In den darauffolgenden Monaten ging die Zahl der Aufrufe und Zuschauer deutlich zurück und liegt heute nach Ansicht vieler Autoren bei weniger als der Hälfte der Spitzenwerte, die zu Beginn des Krieges erreicht wurden.

Offensichtlich war der anfängliche Anstieg der Aufrufe von Antikriegskommentaren, die die russischen Behörden, die die Aggression entfesselt hatten, scharf kritisierten, nicht auf einen tatsächlichen Anstieg der Zahl der Leser solcher Informationen und Kommentare zurückzuführen, sondern eher auf einen „stressigen“ Anstieg des Interesses und der Zahl der Aufrufe und des Lesens pro Zuschauer oder Leser. Einfach ausgedrückt: In den ersten Wochen des Krieges waren die Menschen bereit, vor den Bildschirmen zu sitzen und sich immer wieder Informationen und Kommentare an-

zusehen, doch dann folgte eine Phase der Ermüdung durch den monotonen Medienstrom, die offenbar zu einer Art reflexartigen Ablehnung solcher Inhalte führte.

Diese Erfahrung, die unter so dramatischen Umständen gemacht wurde, war eine wichtige Lehre für die Gemeinschaft der russischen Journalisten und Blogger, die im Exil arbeiten. Vielen ist klargeworden, dass die extensive Zunahme eintöniger Kommentare letztlich nicht zu einem nachhaltigen Publikumswachstum führen kann, es nicht halten kann und zu einer neuen „Publikumsblase“ führt, aus der es für Journalisten sehr schwierig ist, herauszukommen. Um eine solche Stagnation zu vermeiden, sind qualitativ hochwertigere und vor allem strukturierte journalistische Inhalte erforderlich: Die Autoren können sich nicht mit den einfachsten Formen des „Kommentars im Bild“ zufriedengeben, sondern müssen komplexere synthetische Gattungen und Formate verwenden, mit Elementen einer anspruchsvolleren grafischen Gestaltung, visuellen Effekten, Fragmenten von Reportagen und chronologischen Aufnahmen, mit einer umfangreichen Audiobegleitung. All dies erfordert eine gut durchdachte, dynamische Erzählkomposition, sorgfältig ausgearbeitete Szenarien und einen äußerst kompetenten Moderator, der in der Lage ist, einen dynamischen Erzählrhythmus aufrechtzuerhalten.

Im Hinblick auf die Organisation der Medienarbeit ist die Schlussfolgerung, dass **einfache Formen des „Video-Blogging“, die auf dem Niveau der zugänglichsten semi-amateurhaften Video-Content-Formate bleiben, nicht in der Lage sind, das Interesse des modernen Publikums zu befriedigen.** Stattdessen ist eine komplexe Videoproduktion erforderlich, die ein professionelles Team von Journalisten, Technikern, Designern, Redakteuren und auch professionell gestaltete und ausgestattete Studios erfordert, die wiederum erhebliche Investitionen erfordern. Und kein „super aktuelles Tagesthema“, kein scharfer und relevanter Inhalt kann an sich die Anforderungen an Professionalität und Qualität von Form und Präsentation ersetzen.

Insgesamt war dieser Moment der beruflichen Krise, der im unabhängigen russischen „YouTube-Journalismus“ einige Monate nach Kriegsbeginn unerwartet eintrat, Teil eines äußerst wichtigen und viel allgemeineren Prozesses der beruflichen Reflexion über den Übergang, den die unabhängigen russischen Journalisten vollziehen mussten. Zunächst hatten viele von ihnen die Illusion, dass allein die Tatsache, dass sie aus Russland flohen und dem starken Druck der Zensur entkamen, sie in ein bewusst vorteilhaftes kreatives Umfeld bringen würde. Sie leben nun in einer Umgebung, in der ihre freie journalistische Meinungsäußerung durch nichts behindert zu werden scheint, und das sollte ausreichen, um den Erfolg und die rasche Zunahme der Popularität ihrer Arbeit zu gewährleisten. Doch diese Illusion erweist sich als trügerisch für das gesamte Spektrum journalistischer Tätigkeit – sowohl im YouTube-Videojournalismus, als auch in traditionelleren textbasierten Internetmedien sowie in der Produktion von Audio-Content wie Podcasts oder Internetradio.

Die freie Meinungsäußerung als solche ist kein Ersatz für journalistisches Können, ausgefeilte schriftstellerische Formen des Geschichtenerzählens, moderne technische Lösungen und ernsthafte Investitionen. Im Gegenteil, die Ansprüche des Publikums werden nur noch größer.

Im Wesentlichen stehen die unabhängigen russischen Medien, die weiterhin in Russland tätig sind, und diejenigen, die ins Ausland gegangen sind und versuchen, ihre Arbeit im Exil zu organisieren, vor demselben entscheidenden Problem: Wie

lassen sich zuverlässige Kanäle für die Bereitstellung ihrer Inhalte an die Verbraucher organisieren und wie lässt sich die Palette der Möglichkeiten für die Schaffung alternativer Verbreitungsmethoden erweitern? Sperrungen und Webseiten-Zugangsverbote funktionieren auf die gleiche Art und Weise, unabhängig davon, ob sich die Redaktionen innerhalb oder außerhalb der russischen Grenzen befinden: Der Leser, Zuschauer oder Zuhörer hat genau die gleichen Schwierigkeiten beim Zugang zu solchen Inhalten. Die Überwindung von Barrieren bleibt eine zentrale Aufgabe für jede Redaktion und jeden freien Journalisten.

Heutzutage – in Erwartung von Systemen für den direkten Internetzugang unter Umgehung von Internetanbietern und unter Verwendung von Satellitenempfangstechnologien (wie das Starlink-System, das von Elon Musks Unternehmen entwickelt wird, und ähnliche Technologien, die von Google, Microsoft und anderen globalen Kommunikationsgiganten vorangetrieben werden) – geht die Suche nach einer Lösung im Wesentlichen in drei Richtungen.

Es sind die bereits erwähnten **Bestrebungen zur Förderung der Methoden zur technischen Umgehung von Sperren** durch spezielle Software und Browser.

Die zweite ist **die Verbreitung von Medieninhalten über Social-Media-Kanäle**, und hier wird zusätzlich zu YouTube die Technologie der Einführung von Medienelementen auf Telegram und Instagram aktiv entwickelt.

Drittens werden schließlich **maßgeschneiderte mobile Apps entwickelt, die auf die individuelle Struktur bestimmter Medien zugeschnitten sind** und über den App Store und Google Play vertrieben werden.

Unter den sozialen Netzwerken sind die **Erfahrungen mit Telegram** besonders interessant: Der Dienst, der ursprünglich als ein einbruchssicherer Messenger konzipiert und vorgeschlagen wurde, hat sich als Medium für die Entwicklung einer großen Anzahl von Telegram-Kanälen erwiesen, von denen einige vollwertige Medien sind. Ihre Inhalte werden von großen Redaktionen vorbereitet und gestaltet, sie sind reich bebildert und es wird aktiv Video- und Audiomaterial eingesetzt. Für viele namhafte unabhängige Medien sind ihre Telegram-Feeds zu einer umfassenden Plattform geworden, um für Inhalte zu werben und mit dem Publikum in Kontakt zu bleiben – als Beispiel seien hier die Feeds von „Project“, „Nowaja Gaseta. Europa“, „The Insider“, „Redakzija“ und „Cholod“ zu erwähnen, aber auch eine Reihe von persönlichen Autorenkanälen, hinter denen ein großes Redaktionsteam steht, wie etwa „Varlamov News“ oder „Maxim Katz Kanal“.

Bereits während der militärischen Invasion konnte ein interessanter Durchbruch bei der **Nutzung von Instagram** für seine scheinbar unüblichen Funktionen als vollwertiges, informatives Medium festgestellt werden. Es entstanden eine Reihe von Kanälen, darunter vor allem der **Instagram-Kanal von Ilya Krassiltschik**, die informative und manchmal recht umfangreiche Publikationen in Form von mehrseitigen Bildstreifen veröffentlichten. Jedes „Bild“ eines solchen Threads ist so etwas wie eine kleine Magazinseite, sorgfältig zusammengestellt aus Text und Illustrationen, manchmal mit ausgefeilten Schriftarten und Farben, mit eingefügten Video- und Audiofragmenten. Schon heute können wir mit Sicherheit vorhersagen, dass sich diese Entwicklung der Instagram-Medien weiter verbessern und ausbauen wird. Und bald werden wir erleben, dass die Medienkanäle hier genauso aktiv konkurrieren wie auf Telegram.

Die Vorteile von Telegram und Instagram als Plattformen für die Entwicklung von Medienexperimenten liegen vor allem in den praktischen SMM-Werkzeugen, wie etwa der Promotion auf internem, organischem Wege, wenn sich das Zielpublikum eines neuen Kanals durch Werbung innerhalb des sozialen Netzwerks schnell vergrößern lässt oder der intensiven Arbeit mit Post-Sharings, interaktiven „klickbaren“ Zitaten, Hashtags und Querverweisen.

Ein wesentliches Merkmal solcher Kanäle ist außerdem ihr zusätzlicher Schutz vor Sperrungen, da sie technisch gesehen nur eines von Millionen persönlicher Accounts in sozialen Netzwerken sind. Solange das gesamte Netz nicht gesperrt ist, sind die darin „versteckten“ Accounts sicher, kein Anbieter kann sie einzeln sperren oder löschen, ohne dass das gesamte System betroffen ist.

Auch bei der **Verbreitung unabhängiger Medieninhalte über mobile Anwendungen** ist die Technologie weit fortgeschritten. Als Pionier dieser Verwendung des Apple- und Google-Marketplace-Systems unter den russischsprachigen Medien ist hier „Meduza“ zu nennen. Ihre Redakteure waren es, die am aktivsten diese Anti-Blocking-Methode nutzten, indem sie ihre eigene Anwendung auf Handys, Tablets und anderen Endgeräten installierten. Es ist auch sehr schwierig, dagegen vorzugehen, da die Quelle der App und damit das einzige Instrument zur Einschränkung ihrer Funktionalität der Marketplace ist, von dem der Nutzer das Produkt ursprünglich heruntergeladen hat.

In den Fällen, in denen es den russischen Regulierungsbehörden und Geheimdiensten gelungen ist, Anwendungen zu blockieren (wie bei den Anwendungen von Nawalnys FBK und insbesondere der Anwendung „Umnoe golosovanie“ während der Dumawahlen 2021), wurde direkter Druck auf die Unternehmen Apple und Google ausgeübt, die Eigentümer der Anwendungsvertriebssysteme sind, und zwar unter Anwendung von Gewalt und politischem Druck. Um dies zu erreichen, mussten die russischen Behörden diese Unternehmen gewaltsam erpressen, ihnen mit hohen Geldstrafen drohen und dann die Mitarbeiter der russischen Niederlassungen dieser Unternehmen regelrecht als Geiseln nehmen. Es ist jedoch klar, dass die staatlichen Behörden nicht systematisch auf solche Druckmittel zurückgreifen können, und die internationalen Giganten selbst fühlen sich mit der aktiven politischen Unterstützung, auf die sie im Falle eines offenen militärischen Konflikts zwischen Russland und der westlichen Welt zählen können, viel sicherer und verfügen über genügend Ressourcen, um dem Druck zu widerstehen.

Wir können also davon ausgehen, dass sich die Verbreitung unabhängiger Medien durch spezielle Anwendungen weiterentwickeln wird. Dies gilt umso mehr, als wir die rasche Entwicklung und Modernisierung von Technologien zur Erstellung solcher Anwendungen beobachten, vor allem unter **Verwendung von PWA (Progressive Web Applications)**, d. h. universellen Anwendungen, die sowohl auf konkurrierenden mobilen Plattformen iOS und Android als auch über die üblichen Webbrowser auf PCs laufen können.

Der moderne unabhängige Journalismus in Russland lebt vor allem von seinem menschlichen Potenzial. Er ist geprägt von Menschen, von Namen von Journalisten, die trotz aller Aggressivität des Umfelds, in dem sie ihr Handwerk weiterentwickeln, an ihrer Berufswahl festhalten.

Wenn man die Geschichte der Repression und des erbitterten Drucks des totalitären Staates auf die russische Journalistengemeinschaft betrachtet, so wird deutlich, dass die derzeitige katastrophale Situation nicht das Ergebnis einer einmaligen Entscheidung und eines einmaligen Angriffs der Sicherheits- und Strafverfolgungsstrukturen auf die Mediensphäre ist, sondern das Ergebnis einer sich konsequent verschärfenden staatlichen Repressionspolitik, die sich seit mehr als zwei Jahrzehnten kontinuierlich entwickelt hat.

In dieser Zeit hat das russische journalistische Umfeld eine außergewöhnliche Überlebensfähigkeit entwickelt, um neue mobile Medienprojekte und -strukturen zu schaffen, die leicht entstehen, sich schnell verändern und nach brutalen Schlägen wiederaufleben können. Auf den Ruinen der traditionellen russischen Medien, die von der totalitären Unterdrückungsmaschinerie praktisch zerstört worden waren, bildete sich eine neue **Generation von „Pop-up-Medien“, die von Natur aus darauf vorbereitet sind, Widerstand zu leisten und zu überleben.**

Dabei ist es wichtig zu verstehen, dass dieser professionelle Widerstand mit großen persönlichen Risiken verbunden ist und von seinen Organisatoren und Beteiligten eine außergewöhnliche Bereitschaft zur Selbstaufopferung, besondere Ausdauer und viel persönlichen Mut erfordert. Im Grunde wird die Wahrung der journalistischen Professionalität und Würde, wenn man sich seiner eigenen gesellschaftlichen Pflicht, seiner eigenen Mission bewusst sein muss, in jedem einzelnen Fall zu einem „persönlichen zivilgesellschaftlichen Projekt“. Und dieses Bewusstsein bleibt die einzige Stütze, die es dem freien russischen Journalismus ermöglicht, seiner Pflicht gegenüber der Zielgruppe bzw. Kolleginnen und Kollegen der Zukunft treu zu bleiben.

Über den Autor

Sergej Parchomenko ist auf der Flucht aus Moskau vor dem Zugriff der russischen Behörden zunächst in Griechenland, inzwischen aber auch in Deutschland untergekommen. Der vielfach national wie international gefeierte Menschenrechtsverteidiger, Oppositionsaktivist, Vertreter von NGOs und der Zivilgesellschaft, darunter von Nobelpreisträger 2022 „Memorial International“, vor allem aber Journalist und Verleger Parkhomenko ist einer der wichtigsten Partner für das Internationale Journalisten- und Mediendialogprogramm (IJMD) der FNF unter russischen Medienschaffenden. Als entschiedener Gegner der russischen Invasion in der Ukraine setzt er von Europa aus seine Arbeit gegen den russischen Eroberungskrieg und wider die Putin-Diktatur fort. Er bringt in den russischen Exilmedien bzw. auf eigenem YouTube-Kanal offen und pointiert seine Kritik und Überzeugungen zum Ausdruck, seine Haltung und Lebenswerk können als beeindruckendes Beispiel im Kampf gegen die Geister der Vergangenheit dienen – einen neuen Totalitarismus, der den Kreml erfasst hat und unsere liberal-demokratische Welt bedroht.

Herr Parkhomenko ist seit vielen Jahren mit der FNF-Projektarbeit in Russland und mit dem IJMD in Berlin partnerschaftlich verbunden. Er tritt als Experte für die FNF bei Kongressen und Konferenzen auf. Die FNF kann sich bei der Zusammenarbeit mit russischsprachigen Journalistinnen und Journalisten auf sein Mitwirken und sein Netzwerk verlassen.

